

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

<p>Erscheint wöchentlich. Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Post-Nr.: 3220.</p>	<p>Herausgeber: B. Grosse in Hamburg. Verantwortlich für die Redaktion: A. Köhler, Hamburg; für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.</p>	<p>Inserate f. d. viergespalt. Pettizeile ob. deren Raum 30 \mathcal{A}, Bergnütungs-Anzeigen 15 \mathcal{A}, Versammlungs- Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 \mathcal{A} pro Pettizeile. Beilagen nach Uebereinkunft.</p>
--	--	--

Kollegen! Gedenket der 1000 Ausständigen in Schmölln!

Inhalt: Die Ursachen der Verbrechen. — Unterstützung und Kampf. — Unsere Phrasentante. — Die Mißstände im Baugewerbe. — Sozialpolitische Rundschau. — Korrespondenzen. — Eingekandt. — Gewerblichkeits- und Lohnbewegung. — Gerichts-Chronik. — Technisches. — Literarisches. — Briefkasten. — Central-Kranken- und Sterbeliste der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. — Allgemeine Kranken- und Sterbeliste der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. — Abrechnung vom Streik der Westphälischen Möbelfabrik in Ipehoe. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen.

Lohnbewegung.

Zugug ist fernzuhalten: Von Tischlern nach Berlin (Pianofabrik von Görs u. Kallmann, Arndtstraße 34), Bunzlau i. Schl. (Rühl's Werkstoff); von Steinnuß- und Hornknopf-Drechsler nach Schmölln in S.-M.

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Ausbesserung; im anderen Falle freichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Kollegen!

Seit dem 5. März stehen 1000 Mitglieder unseres Verbandes in Schmölln (S.-M.) im Streik. Die traurige Lage der Streikenden, die sämtlich Knopfdrechsler sind, ist nur zu bekannt.

Der Streik entstand infolge des Verlusts der Knopffabrik von Leopold & Co., den bisher M. 12 betragenden wöchentlichen Durchschnittslohn auf M. 7—8 zu reduzieren. 51 Arbeiter und 12 Arbeiterinnen legten die Arbeit nieder und erreichten nach nur eintägigem Streik die Zurücknahme des neuer Lohnvertrags. Der schnelle Erfolg ermutigte die Arbeiter von fünf weiteren Fabriken, nun auch ihrerseits eine Verbesserung ihrer Lage anzustreben. Sie wünschten sich nicht, innerhalb weniger Tage war auch dieser Streik siegreich beendet. Ein hierauf folgender Streik bei der Firma Niedmann & Co. dauerte jedoch infolge des Widerstandes der Fabrikbesitzer und deren großkapitalistischer Hintermänner einige Wochen, und nun vereinigten sich sämtliche Inhaber der in Schmölln bestehenden 16 Knopffabriken und setzten einen Einheitslohn fest, den sie in allen Fabriken einführen wollen. Dieser Einheitslohn bedeutet für die Arbeiter in 9 Fabriken eine Verschlechterung gegenüber den jetzigen Akkordpreisen, also eine allgemeine Lohnverdrückung, in 3 Fabriken bleiben die Preise dieselben wie bisher, während die übrigen Fabriken den Einheitslohn nicht ausgenutzt haben. Dies gemeinsame Vorgehen der Fabrikanten hat die Generalstreik unserer Kollegen hervorgerufen, welche Alles daran setzen müssen, diese neue Lohnverdrückung ebenso entschieden abzuwehren, als die geplante Vergewaltigung seitens des koalirten Unternehmertums.

Kollegen! Angesichts dieser vollendeten Thatsache ist Unterstützung der im Ausstand befindlichen 1000 Mitglieder, darunter eine große Zahl Arbeiterinnen, dringend notwendig. Es wird sich um eine wöchentliche Summe bis zu M. 10000 handeln, die erforderlich ist. Kollegen! Zeigt jetzt, daß die Solidarität der deutschen Holzarbeiter kein leerer Wahn ist, zeigt, daß Ihr gewillt seid, die traurige Lage der Proletarier unter den Holzarbeitern, wie man die Knopfdrechsler mit Recht bezeichnen kann, aufzuheben zu helfen und nicht zu dulden, daß das propädeutische Unternehmertum sie nach Willkür und Belieben auf den Hungeretat setze. Die Ausständigen haben das feste Vertrauen, daß nur durch eine starke Organisation etwas zu erreichen ist. Sorgen wir dafür, daß dies Vertrauen nicht zu Schanden werde. Ihre jeder Kollege, soweit es in seinen Kräften steht, seine Schuldigkeit und der Sieg der ausgeperrten Kollegen und Kolleginnen dürfte nicht lange auf sich warten lassen.

Noch die Solidarität!

Die Ursachen der Verbrechen.

Merkwürdig! Da sitzen sie, die hohen Stützen des Militärstaates in der Reichshauptstadt und versichern Jedem, der es hören will, daß der Friede nach außen auf lange Zeit gesichert und Niemand da sei, der ein Wässerchen trübe; Alles ist in schönster Ordnung! Und doch werden Millionen über Millionen gefordert, um die Heeresmacht zu Lande und zu Wasser zu verstärken, — des lieben Friedens willen. Citles Gesunkter! Kein Mensch glaubt daran; wer die Ohnmacht des „Erbfeindes“ und die Fäulnis im „Revanche“staat kennt, der weiß, daß alle die ungeheuren Mühsungen und die Vermehrung des Menschenmaterials zur Erhaltung des Friedens nach Außen nicht notwendig sind. Wozu aber sonst? Wer noch daran zweifeln sollte, daß der Militarismus zur Bekämpfung der „inneren“ Feinde des Staates, beziehungsweise gegen Barrikadenkämpfer wie weiland am 18. März unentbehrlich sind, der erinnere sich der sabelraffenden Reden des preussischen Kriegsministers gelegentlich der Umsturzdebatte im Reichstage.

Doch davon wollen wir heute nicht reden. Uns interessiert daran nur, daß man dem Volke schon seit Jahren zumuthet, selbst den Strick zu drehen, mit welchem es von seinen Herrkern, die ihm Milliarden, Gut und Blut gekostet haben, aufgeknüpft werden soll; und daß trotz des von Jahr zu Jahr sich steigenden Elendes immer mehr Opfer zum Zwecke der Sättigung des Militärmolochs gefordert werden. Immer neue Steuerquellen und -Systeme werden von den Finanzgenies herausgeklügelt, immer mehr Elend wird durch das Trodenjagen ganzer Industriezweige hervorgerufen, immer mehr Tausende dem Hunger und Verbrechen in die Arme getrieben. Wenn das geschieht, dann ist die Reihe an den Trägern des obigen Systems, sich sittlich zu entrichten, ihre Helfershelfer aufzurufen zum Kampfe gegen Sittenlosigkeit und Verbrechen, zum Kampfe gegen Umsturz, gegen das Volk, das Miene macht, sich gegen weitere Auszugaug seiner Vampyre zu sträuben, um weiterem Elend, weiterer Armuth, die ja, wie ein altes Sprichwort sagt, „die Mutter des Verbrechens“ sein soll, vorzubeugen. Das Verbrechen ist nicht, wie die Kämpfer für „Sitte, Religion und Ordnung“ annehmen scheinen, eine angeborene sittliche Krankheit der besitzlosen Klassen, aber eine Folge der Krankheit des sozialen Organismus ist dasselbe unbefritten. Die Ursachen zu den von den Angehörigen der arbeitenden Klasse verübten Verbrechen, sie sind in der heutigen Wirthschaftsordnung begründet. Je größer die Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Noth für die Proletarier, die oft dem nagenden Schmerz des Hungers anheimfallen, desto größer wird die Zahl der Eigentumsverbrechen sein.

Es ist zweifelsohne, daß ein Hungernder viel eher in Versuchung kommt, sich ein Brod oder sonstige Nahrungsmittel zu nehmen, wo er sie findet, als Jemand, der niemals Hunger kennen lernte.

Wenn der gesunde und kräftige Mann, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft, diese seine einzige Waare nicht loschlagen kann, wenn er arbeitslos und hungernd, mit grümmter Verzweiflung im Herzen umherirrt, weil Weiß und Rind daheim ebenfalls hungern auf ihn und den erhofften Arbeitslohn warten, — ist es ein Wunder, wenn er die Hand ausstreckt und sich an fremdem Eigenthum vergreift? Man gebe ihm Arbeit und Brod, und er wird vor Verzweiflung und dem

Fehltritt bewahrt bleiben. Zu unzähligen Fällen kann man in den Tagesblättern lesen, daß Diebstähle verübt wurden, nur um den Hunger zu stillen oder für den Erlös des entwendeten Gutes ein nächtliches Unterkommen zu finden. So kam uns vor einiger Zeit eine Notiz aus dem „Deutschen Blatt“ zu Gesicht, der wir entnehmen, daß ein substanzloser Handlungsgehilfe nur deshalb eine Hölle, die vor einem Laden zum Verkauf ausgehängt war, stahl, um sich, wie er bei seiner Verhaftung erklärte, ein Unterkommen im Gefängnis zu sichern, denn seit mehreren Tagen lebe er nur von einem Bissen trockenen Brodes, das er sich erbettelt, und nächtliche auf Treppentritten; einem solchen traurigen Dasein ziehe er denn doch — trotzdem er bisher unbescholten sei — den Aufenthalt hinter Kerkermauern vor, und so sei er, durch bittere Noth getrieben, zum Verbrecher geworden. Ist das nicht eine herrliche Weltordnung, die den Menschen erst zwingt zu stehlen, wenn er nicht verhungern will, und ihm dann den Stempel als Verbrecher aufdrückt — von Rechtswegen?

Einem ähnlichen und gleichen Schicksale verfallen täglich hunderte männlicher und weiblicher Proletarier. Geradezu herzergreifend sind die Schilderungen unglücklicher Mütter in den Gerichtssälen, welche die Liebe zu ihren hungernden Kindern zu einem Eigenthumsvergehen trieb; wir erinnern uns noch eines Falles, wo eine Mutter, die des Nachbarn Stabe geschlachtet, um ihren und ihrer Kinder Hunger zu stillen, zu mehreren Wochen Gefängnis verurtheilt, zu einer Verbrecherin gestempelt wurde. Wegen Auffammelns einiger Steinkohlen im Werthe von 10 \mathcal{A} , die beim Fahren von einem Wagen gefallen waren, wurde eine Frau wegen Unterschlagung und Diebstahls, wenn wir nicht irren, zu mehreren Tagen Gefängnis verurtheilt, und das, trotzdem die Frau unter Flehen und Händeringen erklärte, daß sie und ihre Kinder wegen Mangels an Heizungsmaterial schon mehrere Tage der bittersten Kälte preisgegeben waren.

Wo ist Derjenige, der nicht das tiefste Mitleid hegt mit jenen so schlecht bezahlten unteren Beamten des deutschen Reichs-Postwesens, die mit einem Lohn von M. 1,56 kaum im Stande sind, das nackte Leben zu fristen und sich infolgedessen einer Untreue schuldig machten?! Ist es nicht geradezu ein Frevel angesichts der Millionen Ueberschüsse, den unteren Beamten einen solchen Hungerlohn zu zahlen, der sie zwingt, entweder zu hungern oder zu stehlen? Solche Fälle, wie diese und der vorbenannten Art ließen sich zu Tausenden anführen, sie beweisen, daß die heutige Gesellschaftsordnung Zustände herbeiführt, die einen großen Theil der Rittmenschen von den Segnungen der Kultur und den Genüssen des Lebens ausschließt, sie aber für Vergehen und Verbrechen verantwortlich macht, die die Gesellschaft selbst verschuldet.

Tausende Opfer der kapitalistischen Produktionsweise liegen hungernd und frierend auf der Landstraße, jeden Augenblick gewärtig, den Gütern der „Ordnung“ als Vagabunden und Landstreicher in die Hände zu fallen, um nach „rechts“ kräftigem Richtersprüche in den Gefängnissen und Korrektionsanstalten „liebe“volle Aufnahme zu finden. Tausende Arbeitslose, die der Hunger zum Neuzerstern treibt, sie die Forderung auf Arbeit oder Brod erheben läßt, sie dürfen sicher sein, daß blaue Bohnen und Wajonnette die besten Mittel sind, ihnen den Mund für — immer zu stopfen.

Wie viele Proletarierinnen, die von Morgens früh bis Abends spät, ja bis in die sinkende Nacht hinein

sich abmühen und trotzdem nicht im Stande sind, auch nur das Nothwendigste zum Lebensunterhalt zu verdienen, verfallen der Prostitution, betreten die Bahn des Verbrechens. Wie viele ungezählte Töchter des arbeitenden Volkes geben ihre Ehre den tugendhaften Büßlingen der Bourgeoisie preis, nur um mit dem schimpflichen Gelde den Kampf um's Dasein durchzuführen zu können. Hunderte der Armen werden zu Mörderinnen der aus solch einem schimpflichen Verhältnis hervorgegangenen Kinder und büßen die ehrlose und ruchlose That ihrer Verführer mit dem Tode oder langjährigen Zuchthausstrafen. Der wirkliche Mörder darf von „Rechtswegen“ sein lasterhaftes Treiben bei andern Opfern fortsetzen.

Wer zählt sie Alle, die armen vermüllten Menschenkinder, die des steten Kampfes mit Noth und Elend überdrüssig und in dumpfer Verzweiflung ihrem Jammerdasein selbst ein Ende machen. Die herrschende Klasse rümpft verachtungsvoll über die Selbstmörder die Nase, ohne je daran zu denken, daß sie es war, welche den Armen das Leben so bitter verleidet und sie in den Tod getrieben hatte.

Ob sich wohl je die Leiter der preussisch-deutschen „Muster“werstätten und Betriebe die Frage vorlegten, was aus jenen Arbeitern, die sie zu hunderten mitten im Winter auf's Pflaster setzte, werden wird? Ob die „grüßlich milde“ Jurisprache bei den Ortsbehörden, in deren Rayon die Musterbetriebe liegen, für die entlassenen Arbeiter zu sorgen, von Erfolg sein wird, und wenn nicht, wie viele der dem Hunger Ueberantworteten eventuell zu Verbrechern am Eigenthum Anderer werden könnten? Das sind schwerwiegende Fragen, um die sich der kapitalistische Musterstaat aber nicht kümmert; er sorgt aber in solchen Eventualfällen mit wahrhaft rührender Aufopferung dafür, daß die besten Strafsysteme, die praktischsten Gefängnisse, ja selbst die umfangreichsten Besserungsanstalten geschaffen werden und an schneidigen Staatsanwälten und gerechten Richtern kein Mangel vorhanden ist. Aber ist denn diese Fürsorge nur für die Verbrecher aus dem Arbeiterstande getroffen; giebt es nicht auch in den Kreisen der Besitzenden und Hochgestellten, Verbrecher in Hülle und Fülle? Jawohl, und man darf ruhig behaupten, daß ihre Zahl eine procentual viel höhere ist, als unter der besitzlosen Klasse, und auch die Ursachen zu den Verbrechen ganz andere sind; zum allerwenigsten sind sie aber wie bei dem niederen Volke, der Noth und dem Elend entspringen.

Man denke an all die betrügerischen Bankrotte, Kassendiebstähle und Unterschlagungen, an alle direkten und indirekten Betrügereien, und Schwindereien und Böhmereien, man denke an die großen französischen und italienischen Spitzbuben, an den Mörder, Verräther, Ehebrecher und meineidigen Schuft Crüpi, man denke an die Ganer des Panamaunternehmens, die tausende Crüppeln vernichtet haben; man erinnere sich eines herzlosen Knebers, der Sargschiffe ins Meer hinausjante und bedauerte, daß „die Mannschaft gerettet“ sei; man denke ferner an den Sittverbrecher und Weiberanspitziger Leitz, an all die unzähligen Pfaffen, die sich des Sittverbrechens an Kindern und des Diebstahls an ihnen anvertrauten Kassen schuldig machten. Man vergesse auch nicht, all der langjamten Morde auf dem Judasriechelachselbe zu gedenken, die auf Konto des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu setzen sind.

Wir verzichten darauf, die Liste der von den Angehörigen der herrschenden und besitzenden Klasse verübten Verbrechen zu verlängern, diese kleine Blüthenlese möge genügen, um zu zeigen, daß nicht Arbeitslosigkeit, Noth und Elend, sondern nur Ehrgeiz, Genußsucht, Wollust, Spielsucht, Gier nach reichem Gewinn und wie die Leiter alle heißen mögen, die Ursache gewesen sein können. Wir sind aber auch überzeugt, daß die Verbrechen nur dann beseitigt oder doch beschränkt werden können, wenn die Ursachen, aus denen sie entspringen, vertrieben werden. Will die Gesellschaft ihre Mitglieder von der Bahn des Verbrechens fern halten, muß sie dies thun, bevor sie die abschüssige Bahn betreten haben. Gefängnis, Zuchthaus, Besserungs- und Rettungshäuser, selbst wenn diese mit Besehrungen über den Thoren und mit Kränzen an den Eingängen geschmückt sind, werden zur Besserung und zur Rettung nicht beitragen. Es ist geradezu Thorheit, mit Unferngesetzen, religiösen und Sanktionsstrafen das Verbrechen bekämpfen zu wollen. Sei man lieber hehrer, allüberall die Gemüther zu verbreiten, daß die Erde Nahrung und Nahrung für alle Menschen bietet, daß die Gesellschaft sich nur vernünftig zu organisieren, planmäßig den vorhandenen Bedürfnissen entsprechend zu produzieren braucht, um der Noth und dem Elend, der Armut und dem nachwürgenden Dornis und damit dem Verbrechen ein Ende zu machen. Preßen, Staatsanwaltschaft, Richter und Gefängniswärter können dann

getroßt zum alten Eisen geworfen werden, sie sind in einer auf dieser Grundlage geschaffenen Gesellschaft überflüssig.

Unterstützung und Kampf.

II.

u. Wenn wir im Vorhergehenden die Kampfmittel der Gewerkschaften hervorhoben und auch gewisse Unterstützungen als solche und zwar nicht bloß als zulässige, sondern auch als notwendige bezeichneten, so ist doch damit doch nicht ohne Weiteres Alles gützuheßen, was unsere jetzigen Gewerkschaften enthalten, und noch weniger, in welchem Umfange sie es enthalten. Denn wenn sich unsere Kampfmittel dem Zweck unserer Verbände, also deren wirtschaftlichen Kämpfen anzupassen haben, so muß in der Verwendung derselben auch auf die finanziellen Mittel der Verbände Rücksicht genommen werden, da die Aufbringung der letzteren sich nicht nach den Leistungen der Organisation, sondern nach dem Können der Arbeiter richtet. Gewiß ist dieses Können nicht immer ein derart beschränktes, daß für eine Steigerung der minimalsten Leistungen keine Hoffnung bleibt. Auch die schlechtlöhntesten Arbeiter können 15—20 % pro Woche erübrigen, wenn ihnen der Verband dafür fühlbare Vortheile gewährt, denn die gelegentlichen Lohnabzüge der Unternehmer, denen besonders nichtorganisirte Arbeiter ausgesetzt sind, übersteigen den Gewerkschaftsbeitrag bei Weitem. Aber dieser Beitrag ist nicht die einzige Ausgabe des Arbeiters; die Beträge für Versicherung, Partei, Zeitung, Bildung zc. nehmen alle seinen Verdienst in Anspruch, und unter solcher Belastung bleibt leicht Eines zurück und zwar dasjenige, wozu kein gesetzlicher oder materieller Zwang besteht.

Unter diesen Umständen kommt jede Beitragserhöhung einer Abstoßung der unsichersten Berufsgeossen gleich, die nicht immer durch einen aus höheren Leistungen resultirenden Zuwachs aufgewogen wird. Allerdings wäre es verfehlt, aus Furcht vor etwaigem Mitgliederverlust jede notwendige Reform der Gewerkschaften zu unterdrücken oder zu verzagen, und selbst die schlechtlöhnten Arbeiter können sich auf die Dauer der Forderung höherer Beiträge nicht entziehen, da die Kämpfe sich immer schärfer und kostspieliger gestalten; es sind demnach bei jeder Beitragserhöhung der voranschichtliche Verlust und der mögliche Zuwachs an Mitgliedern, wie auch die übrigen Vor- und Nachtheile in Rücksicht zu ziehen. Der mittlere Satz der Gewerkschaftsbeiträge beträgt gegenwärtig 15 % pro Woche für männliche Mitglieder; dies ist auch der Wochenbeitrag für den Holzarbeiterverband. Der Jahressatz stellt sich darnach auf M. 7,80, schwankt aber in der tatsächlichen Einnahme zwischen M. 7—7,20. Von diesen Einnahmen werden bestritten die Verwaltungs-kosten, die sich bei einem großen Verbands, wie dem Holzarbeiterverbande, sehr minimal stellen, die Kosten für Agitation und für statistische Aufnahmen. Das sind die allgemeinen Ausgaben des Verbandes für den Verband; ihnen folgen diejenigen Ausgaben, die den Mitgliedern direkt zu Gute kommen, die Ausgaben für Verbandsorgan, Streiks und Rechtschutz, für Reise-, Gemafregelten- und Nothfallunterstützung.

Es bedarf keiner großen Rechenkunst, nachzuweisen, daß dieser Beitrag für eine ausreichende Fundierung obiger Verbandsleistungen zu niedrig ist; es ergibt sich dies schon aus der entschieden zu schwachen Berücksichtigung der wichtigsten Aufgaben, deren Steigerung immer im Mangel an finanziellen Mitteln ihre Grenze findet. Wenn dabei aber noch beabsichtigt wird, die Leistungen des Verbandes auf bisher unvertretenen Gebieten erheblich zu vergrößern, so kann dies erklärlicher Weise nur durch Beitragserhöhung ermöglicht werden, wenn nicht andere Leistungen dafür reduziert oder in Wegfall gebracht werden sollen. Wir haben kürzlich bei Erörterung der Arbeitslosenunterstützung auf die Unmöglichkeit der Beitragserhöhung aufmerksam gemacht, die sich auch nicht durch das Aufgeben anderer Verbandsleistungen, wie der Gratislieferung der Fachzeitung, erübrigt. Da die Einführung einer auch nur minimalen Arbeitslosenunterstützung eine ganz erhebliche Beitragserhöhung beansprucht, die durch Preisgabe anderer Verbandsausgaben noch nicht zum vierten Theile aufgewogen würde, so ist unter den jetzigen gebräuchlichen Verhältnissen an ihre Verwirklichung schwerlich zu denken. Wohl würde sich ein Theil der Mitglieder bereit, den notwendigen Zusatz zu leisten; da aber eine solche Einrichtung nicht nur für einen Theil der Mitglieder geschaffen werden kann, ohne der Gewerkschaft den Charakter eines Versicherungsinstituts zu geben, (was auch geschehen würde, wenn die Gewährung eine solchen Unterstützung von besonderen Ertragsbeiträgen abhängig gemacht würde), so müßten eben alle Mitglieder gleichmäßig belastet und interessiert werden. Auch be-

Verfärgung der Reiseunterstützung oder ihre Beschränkung auf Unverheirathete würde nicht die Mittel für die Unterstützung der arbeitslosen Verheiratheten beschaffen, wie diese Trennung der Mitglieder in zwei Gruppen auch aus anderen Gründen nicht durchführbar erscheint. Zwar würde zweifellos bei der Reiseunterstützung eine Ersparnis eintreten, aber auch diese wäre so gering, daß sie für diesen Zweck kaum in Betracht zu ziehen ist.

Können wir also unter diesen Umständen nicht an die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung denken, so wünschenswerth dies Vielen auch erscheinen möchte, so ließe sich doch schon gegenwärtig der Weg ebnen für eine zukünftige Erweiterung der Verbandsleistungen, nach dieser Seite hin, wie auch in anderer Hinsicht. Ja, wichtiger als die Erweiterung der Verbandsleistungen dünkt uns die Vervollkommnung der bisherigen Leistungen zu sein, nicht allein, insofern sie dem Zwecke des Verbandes näher stehen, sondern auch deshalb, weil sie mit geringeren Mitteln und ohne wesentliche Beitragserhöhungen erreichbar sind, also einen erheblichen Mitgliederverlust nicht heraufbeschwören, vielmehr in ihrer vollen agitatorischen Zugkraft zur Geltung kommen. Und wie notwendig diese Vervollkommnung ist, lehrt uns eine Betrachtung der gegenwärtigen Verbandsleistungen, deren Zahlen wir nach den Abrechnungen aus dem ersten Bestandsjahr des Holzarbeiterverbandes 1893/94 zusammengestellt haben. Da die Abrechnungen nur bis zum 2. Quartal 1894 reichen, so mußten wir die ferneren Ergebnisse außer Betracht lassen.

Ausgaben pro	3. Qu. 1893	4. Qu. 1893	1. Qu. 1894	2. Qu. 1894	1. Jahr 1893/94	
Witzliedergahl	24075	23774	24489	23738	Durchschn. 24771	
Verwaltungs-kosten	persönliche...	M. 2027,—	M. 2043,20	M. 2029,85	M. 2379,—	M. 8479,05
	sachliche....	„ 5938,40	„ 2929,03	„ 1043,73	„ 5108,44	„ 13017,60
	Summa	M. 7965,40	M. 4972,23	M. 3073,58	M. 5487,44	M. 21496,63
pro Witzlied	33,0 %	20,9 %	12,5 %	20,5 %	86,8 %	
Streifenunterstützung	Brutto-Ausg.	M. 9262,81	M. 7574,24	M. 8217,82	M. 13324,36	M. 38379,13
	zurückges. ..	„ 8,30	„ 10,34	„ 28,53	„ 2,45	„ 50,11
	Netto	M. 9254,51	M. 7564,—	M. 8189,10	M. 13321,91	M. 38329,02
	% d. Beitr.	34,5 %	19,1 %	18,6 %	27,5 %	29,7 %
Streifenunterstützung	pro Witzlied	38,5 %	31,9 %	38,5 %	49,9 %	M. 1,55
	pro Gemafregelten	M. 4,92	M. 5,06	M. 4,78	M. 4,96	—
	St. d. b. Gemafregelten	1881 Stoll.	1502 Stoll.	1714 Stoll.	2684 Stoll.	—
% der Witzlied-Beitr.	8 %	6,3 %	7 %	10 %	—	
Rechtschutz	Summa...	M. 193,14	M. 586,94	M. 1042,78	M. 380,08	M. 2205,94
	pro Witzlied	0,8 %	2,5 %	4,3 %	1,4 %	8,9 %
Verwaltungskosten	Summa...	M. 152,—	M. 332,85	M. 812,—	M. 200,36	M. 998,21
	pro Witzlied	0,6 %	1,4 %	1,8 %	0,7 %	4,0 %
Witzlied	Summa...	M. 225,—	M. 625,—	M. 349,—	M. 449,—	M. 1648,—
	pro Witzlied	0,9 %	2,6 %	1,5 %	1,6 %	6,6 %
Agitation	Summa...	M. 3354,55	M. 999,33	M. 314,53	M. 551,63	M. 5220,03
	% d. Beitr.	9 %	2,5 %	0,7 %	1,2 %	5,1 %
pro Witzlied	15,9 %	4,2 %	1,5 %	2,0 %	21,9 %	
Reise- u. Nothfallunterstützung	Brutto....	M. 11823,95	M. 7125,73	M. 10810,06	M. 11450,—	—
	zur. f. Witzlied	„ 212,35	„ 181,02	„ 197,54	„ 192,95	—
	Netto	—	—	—	—	M. 41364,36
% d. Beitr.	—	—	—	—	25 %	
pro Witzlied	—	—	—	—	M. 1,67	

Darnach erheißt die größte Ausgabe mit 25 pZt. der Beiträge das Verbandsorgan, die wöchentl. erscheinende „Holzarbeiterzeitung“. Wer mit dem Kostentpunkt einer Zeitung vertraut ist, der wird den Betrag von M. 1.67 pro Kopf und Jahr für äußerst niedrig schätzen. Für das Verbandsjahr 1894 sind diese Kosten sogar auf M. 1.44 pro Kopf reduziert. Sollte an dieser Ausgabe in Zukunft eine Ersparnis wünschenswerth sein, so darf dies doch nicht eine Verschlechterung des Verbandsorgans bedingen, da es sich um das vorzüglichste Kampfmittel des Verbandes handelt. Eine solche Verschlechterung aber würde z. B. das 14 tägige Erscheinen des Blattes an Stelle des wöchentl. sein; die hierdurch erzielte Ersparnis würde den Schaden nicht aufwiegen. Wohl aber wäre eine Ersparnis an Verwaltungs-, Bureau- und Portoausgaben zu ermöglichen, wenn Verbandsvorstand und Verbandsorgan an einem Ort vereinigt werden, wie eine solche Vereinigung auch aus anderen Gründen zu empfehlen wäre. *)

*) In diesem Punkte theilen wir die Meinung unseres werthen Mitarbeiters nicht, und werden wir derselben in nächster Nummer Ausdruck geben.

tung, welche die sachlichen Verwaltungskosten betreffen, in Rücksicht gezogen werden. Sie werden für künftig 10 pSt. der Beiträge nicht übersteigen, und darin kann vernünftigerweise kein Mißverhältnis zu finden sein. Glaubte man doch früher allgemein, daß auch ein Industrierverband infolge der Berücksichtigung der Vertretung der einzelnen Berufe bedeutend höhere persönliche Verwaltungskosten erfordere. Natürlich kann das erste Verbandsjahr keinen genauen Maßstab geben über die genauen Verwaltungskosten eines Industrierverbandes und alle etwaigen Schlüsse aus obigen Zahlen fallen damit von selbst. (Wir fügen dies ausdrücklich bei, um irgendetwas Ausschlächtungen dieser Zahlen für Zwecke, für welche sie nicht eingehend geprüft sind, von vornherein entgegenzutreten). Doch ist die erfreuliche sinkende Tendenz dieser Ausgaben im Holzarbeiterverbande schon jetzt zu konstatieren.

Den zweithöchsten Posten stellt die Ausgabe für Reiseunterstützung mit 22,7 pSt. der Beiträge oder M. 1,55 pro Kopf, deren größtes Anschwellen auf das 2. Quartal April-Juni entfällt; es liegt die Vermuthung nahe, daß angesichts der Verminderung der Zeitungskosten dieser Posten die erste Stelle im Budget einnehmen wird. Auch wenn man die Reiseunterstützung zu den nothwendigen Verbandsaufgaben rechnet, kann doch über den Rang, der ihr einzuräumen ist, getheilte Meinung vorhanden sein. Ohne Zweifel ist sie ein Kampfmittel des Verbandes, aber ob sie wirklich das vornehmste ist, bleibt doch fraglich. Ebenso wichtig erscheint uns die Unterstützung der Streikenden, der Gemäßregelten, und auch Agitation und Rechtschutz sind ihr zum mindesten ebenbürtig. Vergleichen wir aber die Beträge, die für letztere Zwecke verausgabt werden, so tritt uns ein entschiedenes Mißverhältnis vor Augen. Während für Reiseunterstützung pro Kopf und Jahr M. 1,55 verausgabt werden, finden wir für Agitation nur einen Aufwand von 21 S, für Rechtschutz einen von 8,9 S, für Gemäßregelunterstützung eine Ausgabe von 4,0 S, für Unterstützung in besonderen Nothfällen eine solche von 6,6 S pro Kopf. Leider fehlen uns die Zahlen für die Unterstützung von Ausständen, die erst dann ein genaues Bild der Gewerkschaftsleistungen ergeben, wenn diesbezügliche Unterstützungen lediglich von der Hauptkasse bestritten, oder die lokalen Mittel wenigstens mit der Hauptkasse verrechnet werden.

Aus der vorliegenden Abrechnung ist nur zu erkennen, daß im 1. und 2. Quartal 1894 für den Streifonds insgesammt M. 10 814,42 eingingen, also zirka 44 S pro Kopf. Hiernach sind wir also in unseren Deduktionen einigermaßen beschränkt; doch geht aus alledem so viel hervor, daß der Verband für seine eigentlichen Kampfzwecke zu wenige Mittel hat und daß sich hier eine Reform nothwendig erweist, die dem Verbande theils höhere Mittel zuführt, theils eine bessere Vertheilung in der Einzelverwendung herbeiführt.

Nun finden zwar zweifellos Agitation, wie auch die Unterstützung von Ausständen ihren besonderen Aufwand von Seiten der lokalen Bestände, denen 35 pSt. der Beiträge überlassen bleiben. Aber ob diese 35 pSt. auch in der Hauptsache wirklich für diese Zwecke verwandt werden, darüber besteht keine Gewißheit. Gewöhnlich ist bei ausbrechenden Lohnkämpfen an den einzelnen Orten nicht viel mehr zu finden. Ja, ein Theil dieser Lokalfonds kommt wiederum den reisenden Kollegen in Gestalt von Herbergs- oder Schlafmarken-Ortsbeschenken zu Gute und ein anderer Theil geht erfahrungsgemäß für Defizits bei Vergütungen u. d. d. darauf. Nur aus den Beschlüssen einiger Agitationskommissionen geht so viel hervor, daß in einzelnen Agitationsbezirken von den Lokalverwaltungen 10—20 S pro Kopf und Jahr Agitationsbeitrag erhoben werden, daß aber diese Beiträge nur unregelmäßig kommen, zum Theil gar verweigert werden, und daß die Einheitlichkeit, Garantie und Abrechnung nicht zu wünschen übrig lassen.

Aus alledem wird uns klar, was die Verbesserung der Verbandsleistungen zu beginnen hat. Bei aller Vertheidigung der Unterstützung bedürftiger Kollegen ist doch eine Einschränkung der Reiseunterstützung geboten, nicht, um die Unterstützung der Arbeitslosenunterstützung, die noch weit höhere Ausgaben verschlingen wird, zu ermöglichen, sondern um den Verband vor Allem in puncto Agitation, Streifonds, Rechtschutz und Gemäßregelten-Unterstützung kampffähiger zu machen. Ob eine Unterstützung der Arbeitslosen sich später mit erhöhten Beiträgen durchzuführen läßt, muß der späteren Erkenntnis anheimgegeben werden; daß aber für gewisse Kategorien von Arbeitslosen, und zwar für solche, welche wegen ihres Einrentens für Verbandszwecke oder wegen Festhaltens am erungenen status quo arbeitslos werden, schon jetzt Mittel zu beschaffen sind, wenn die Verbandsmittel die richtige Vertheilung finden, ist leicht einzusehen. Eine Erweiterung

der Gemäßregelten-Unterstützung (§ 4o), welche gegenwärtig nur den 40. Theil der Reiseunterstützung beträgt, muß den Mangel der Arbeitslosenunterstützung ersetzen, und da sie nur für thätiges Wirken für die Kampfesziele des Verbandes gewährt wird, so kommt der dafür verausgabte Betrag dem Verband direkt zu Gute, was bei der gegenwärtigen Ausdehnung der Reiseunterstützung nur zum kleinen Theile zutrifft.

Die Einschränkung der Reiseunterstützung (für welche auch unter den Mitgliedern eines anderen Industrierverbandes, des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“, gegenwärtig die regste Propaganda entfaltet wird, sodas die zu Ostern d. J. in Magdeburg tagende Generalversammlung dieses Verbandes voraussichtlich in diesem Sinne beschließen dürfte) hätte sich sowohl auf die Grundtage der Wegelänge, als auch auf das Maximalmaß der Unterstützung zu beziehen. Wenn die erstere bisher 2 S pro Kilometer betrug, so dürfte in Anbetracht der kolossalen Ausgaben eine Herabsetzung auf 1 1/2 S zu empfehlen sein, wohingegen das Maximalmaß der Unterstützung auf M. 15 pro einhalb Jahr (§ 12) und auf M. 5 pro Tour (§ 11) zu beschränken wäre. Besondere Unterstützung bei Lohnkämpfen für abreisende Mitglieder bleiben davon unberührt. Doch dürften Verschärfungsmaßnahmen gegen das Zureisen nach gesperrten Orten am Platze sein. Folgende Uebersicht veranschaulicht das Verhältniß zwischen Unterstützungshöhe und Unterstützungsfrequenz:

	3. Quartal 1893	4. Quartal 1893	1. Quartal 1894	2. Quartal 1894
Zahl d. Unterstützten	1881 Koll.	1503 Koll.	1714 Koll.	2684 Koll.
Unterstütz. m. M. 1—10	1621	1299	1516	2325
„ „ 10—15	172	134	136	259
„ „ über M. 15	70	59	62	100

Es würden durch Beschränkung der Maximalgrenze ja. 15 pSt. der Unterstützten getroffen, während die Verminderung der Grundtage sich auf alle Empfänger vertheilte. Auch die Nothfallunterstützung dürfte nach Möglichkeit zu beschränken sein. In den Fällen, welche jetzt nach Statut (§ 4b) unterstützt werden, tritt meist schon die gesetzliche Krankenversicherung durch Sterbegeld zur Unterstützung ein. Eine Uebernahme solcher Fälle durch die Thätigkeit der freien Hilfskassen würde die Gewerkschaften entlasten. Doch giebt es genug anderer Nothfälle, in denen das Eingreifen der Gewerkschaften am Platze wäre, und das kommende Umsturzgesetz dürfte dieselben eher vermehren.

Die Agitation muß einer größeren Regelung unterzogen werden. Wenn auch der Erfolg für den Ausbau der lokalen bez. bezirkswise Agitation spricht, so ruft doch eine willkürliche Erhebung von Beiträgen aus Verbandsmitteln oder gar von Extrabeiträgen in Form von Agitationsmarken die größten Bedenken hervor. Das Beste wäre für alle Fälle die Bestreitung der gesammten Agitationskosten, wenigstens der außerlokalen, durch die Hauptkasse, da auch die Bezirkseinteilung keine Gewähr dafür bietet, daß überall die nöthigen Ausgaben auch aufgebracht bez. nicht mehrverbraucht werden. Zum Mindesten muß für solche Agitation ein fester Prozentsatz der Beiträge für alle Bezirke einheitlich bestimmt und die Agitationskommissionen zur Abrechnung mit der Hauptkasse verpflichtet werden, damit auf diese Weise der Uebersichtslosigkeit der Agitation gesteuert wird.

Die andere Frage, auf welchem Wege der Verbandsleitung höhere Mittel zuzuführen seien, kann auf zweierlei Art oder auch auf beide Arten gelöst werden. Um größere Mittel für Streikunterstützung flüssig zu machen, könnte sich einestheils die Kürzung des Lokalbestandes der Zahlstellen, der z. B. 35 pSt. der Beiträge umfaßt, empfehlen, wobei gleichzeitig die Zentralisation der Streikunterstützung zu erwägen wäre, für welche besondere Vertheidigungsgründe kaum noch als nothwendig zu erachten sind. Des Weiteren käme auch eine Erhöhung der Beiträge auf 20 S pro Woche in Betracht, für welche die verschiedensten Gründe geltend zu machen wären. Ob eine solche z. B. schon beabsichtigt ist, weiß Verfasser nicht sicher; doch wird der Metallarbeiterverband, der bezüglich der Beiträge und Leistungen mit dem Holzarbeiterverbande auf ziemlich gleicher Stufe stand, zu Ostern sicher seinen Wochenbeitrag auf 20 S erhöhen. Auch der Holzarbeiterverband wird sich dieser Anforderung auf die Dauer nicht entziehen können.

Unsere Gewerkschaften gehen einem Käuferungsprozesse entgegen. Mitten im Kreuzfeuer des wirtschaftlichen Kampfes zeigen sich die Lücken ihrer Kampfesstärke und Schlagfertigkeit, und die Auseinandersetzungen mit den politischen Generalräthen der Arbeitererschaft tragen dazu bei, wie wir gerne zugeben, den prüfenden Blick und die verbessernde Hand auf sie Einrichtungen und Leistungen unserer Verbände zu lenken, wenn wir auch jedenfalls mit dem Maßstabe

der Erfahrungen weiter kommen, als mit der sich widersprechendsten Kritik aller derjenigen Gewerkschaftskommissäre und -Konfessionäre, die in letzter Zeit in der politischen Arbeiterpresse debattirten und debattirten. Eingedenk des Bodens, auf welchem sie stehen, werden unsere Verbände mit dem Althergebrachten, mit dem Ueberlebten, das sie belastet und hemmt, aufräumen, um das Moderne, das Unentbehrliche desto kräftiger auszubauen und die Chancen einer erfolgreichen Vertretung der Arbeiterinteressen zu erhöhen. Nicht Organisationsstreitigkeiten, nicht Formenkämpfe oder persönliche und Klauenreibern die Debatten der nächsten Zeit beherrschen, sondern die praktische Ausgestaltung des Problems der höchsten kampferüsteten Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften in Berücksichtigung der durch die wirtschaftliche Nothlage beschränkten Mittel der Arbeiter. Und hierbei können wir vorurtheilslose Mitarbeiter und Berather nur willkommen heißen.

Unsere Phrasentante,

die „Günter'sche Tischler-Zeitung“ nämlich, gefällt sich wieder einmal darin, die deutschen Sozialdemokraten und vornehmlich die auf diesem Boden stehenden Gewerkschaftsorganisationen mit lauter banalen Phrasen mausetodt zu schlagen. „Während die Trades-Unions in England vorwiegend englischen Charakter tragen,“ sagt die Günter'sche (welche Weisheit), die italienischen società dei lavoratori in Italien besonderen Werth auf ihr Nationalgefühl legen und die Unions des travailleurs in Frankreich sich mit Stolz Franzosen nennen, während die Arbeiter aller Nationen mit Freudigkeit den nationalen Standpunkt betonen und festhalten, joll, wie Phrasentante sagt, diejenige Arbeitererschaft in Deutschland, die zur sozialdemokratischen Fahne schwört, sich in besonderer Hervorhebung ihrer Internationalität gefallen! Man sieht, daß das offizielle Jünstlerorgan, Vertreterin einer handvoll sogenannter Tischlermeister, garnichts weiß, nichts gehört, nichts gesehen und nichts gelesen hat, sonst müßte es wissen, daß die sozialdemokratisch geonnene Arbeitererschaft längst nicht mehr ihre Ziele auf nationalem Boden zu verwirklichen sucht und zu diesem Zweck schon eine ganze Reihe internationaler Kongresse abhielt, auf denen ausgesprochene Sozialdemokraten aller Herren Länder, ja selbst die noch vor kurzem seitens der Bourgeoisie als „brav“ gefeierten englischen Gewerkschaftsvertreter in großer Zahl vertreten waren, und alle Delegirten erklärten: der Sozialismus ist international und der Kampf gegen den gemeinsamen Feind, genannt Kapitalismus, müsse auch international geführt werden. Nicht aber dürfe sich derselbe auf nur ein Land beschränken. Die außerdeutschen und außereuropäischen Sozialdemokraten werden es der Günter'schen schwerlich danken, von ihr zu sehr nationalen Prinzipienvertretern, die stolz auf ihre Nation sind, gestempelt zu werden.

Der Sozialismus kennt eben keine besondere Spezies seiner Anhänger, nach Ländern oder Nation geordnet, seine Anhänger schwören nur zu einer Fahne, sie alle verfolgen nur ein gemeinsames Ziel, die Beseitigung der heutigen Gesellschaftsordnung und Schaffung eines Zustandes, der Allen ein menschenwürdiges Dasein sichert. Und wenn unserer Phrasentante eine Gänsehaut beim Lesen dieser Zeilen überlaufen sollte, so bestätigen wir ihr trotzdem, daß wir wirklich, wie sie meint, die internationale Revolution feiern, aber auf die nationale Begeisterung und auf die nationalen Gedentage „pfaffen“, verwahren uns aber trotzdem, Feinde des nationalen Staates zu sein; wir sind eben Feinde jedes Klassenstaates, so lange er die verwerfliche einseitige Interessenpolitik treibt und die Rechte des arbeitenden Volkes mit Füßen tritt. Der Preßkuli der Günter'schen ergeht sich nun in allerhand inhaltslosen Phrasen und Behauptungen, deren Tragweite er sich garnicht bewußt ist. Er faßelt von Pressefreiheit, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit und Freihandel, die seitens der radikalen Partei, unter welcher er die partikularistischen Demokraten oder „Festschüttenböcker“ verstanden wissen will, als die Allerweltsmittel zur Heilung der Krankheit unserer Zeit gepriesen worden seien, dieselbe Partei, welche sich gegen den ihr gemachten Vorwurf, „Ranchepartei“ zu sein, wehre, habe sich bisher jeder Reform gegenüber feindlich bewiesen, habe gegen die Bürgergesetze angekämpft und suche auch den Gesetzentwurf gegen den unläuteren Wettbewerb zu Fall zu bringen. Diese Partei habe Landwirtschaft, Industrie und Handwerk in's Gedränge und Gefahr gebracht, zerrieben zu werden, während das mobile Kapital und der Schwitzel Triumphe feiere.

Der Freisinn habe den Kapitalisten die Freiheit gewährt, den Mittelstand auszumauern und auszubeuten und ihn seiner Selbstständigkeit zu berauben. Die Proletarier seien das beste Futter, um die Sozialdemokratie anzuziehen und zu nähren. So schaffe der Freisinn Revolutionäre, ankast, wie er vorgebe, sie bekämpfen und vernichten zu wollen. Wir haben keine Ursache, für die Ranchepartei, die uns mindestens ebenso feindlich gegenübersehen wie den Innungsmeister, eine Sprache zu brechen, aber trotzdem müssen wir der vagen Behauptung widersprechen, daß die „radikale“ Partei das Handwerk zerreiße; gerade die Großindustrie ist es, die den kleinen Handwerkern den Lebensboden unterbindet, gerade die Vertreter der Großindustrie und des Großgrundbesitzes sind es, die den Handwerkern durch ihre Schutzpolitik den Garaus machen. In welcher Partei sind die großen Waldbesitzer zu suchen, denen der Holzvorrath nie hoch genug, wo sind die großen Schnaps- und Spiritusbrenner, die den Tischlern und anderen Handwerkern ein nothwendiges Rohprodukt vertheuern, wo sind diejenigen zu suchen, die auch den Gerbern den Zoll auf Querschagerstöcke in die Höhe schrauben, den Schuhmachern, Sattlern u. s. w. durch Einfuhrverbote von lebendem Vieh und Fellen das Leder vertheuern, wer sind diejenigen, die dem Handwerkerhunde ebenso wie dem arbeitenden Volke alle möglichen Lebensmittel durch Zölle und indirekte Steuern vertheuern, sind sie in den Reihen der Sozialdemokratie oder der „Festschüttenböcker“ zu finden? Kurz, gerade in jenen Kreisen, für deren Interesse sich die Herren Jährlar noch ganz besonders in's Jeng zu legen scheinen, möge man Rücksicht halten.

Aber was will man von so beschränkter Senza, wie die Innungsmeister nun einmal sind, noch Auberer erwarten. Sie haben Augen und sehen nicht, wie die Großindustrie immer einen Produktionszweig nach dem anderen annektrirt, ihn dem

Handwerk entzieht; sie sehen, wie die großen Kapitalien sich in immer weniger Händen konzentrieren, und jährlich hunderte Handwerker an den Abgrund gebracht werden.

Hat das Handwerk den geringsten Vortheil davon, wenn sich die großen Schlotbarone theilbaren, um die gesammte Produktion an sich zu ziehen, die Preise für Rohmaterialien, wie Eisen, Stahl, Wolle usw., die auch die Handwerker brauchen, beliebig hoch festzusetzen?

Die Hüntler thäten entschieden klüger, sich mit den jeweiligen Verhältnissen abzufinden, und sich denen zuzuwenden, die drei Waiselangen vor ihnen voraus die Situation erkannt und auch den Weg gezeigt haben, den das Handwerk einzuschlagen hat.

Unsere Leser werden es uns nicht verübeln, wenn wir diesen banalen Nutzen keines Wortes würdigen. Der Verfasser hat sich, wie auch seine weiteren Ausführungen beweisen, dermaßen in die Hüntlererei verkannt, daß er sich zu dem überhebenden und ammaßenden Ausrufe verheißt: „Nun, Ihr „Freiheitsfreunde“, so schäfft doch auch den Befähigungsnachweis für Ärzte, Richter usw. ab.“

Die Mißstände im Baugewerbe.

Die nachfolgenden, über dieses Thema vom Genossen Heintze (Lippert) in Dresden gemachten treffenden Ausführungen veröffentlichen wir auf ausdrücklichen Wunsch unserer Dresdener Kollegen: Die Mißstände im Baugewerbe seien schon öfter in Dresden Gegenstand der Erwähnung gewesen; sie seien bereits so alt wie der Mangel einer zweckmäßigen Arbeitergesetzgebung; ja selbst die bestehenden Schutzbestimmungen, die den unehrlichen Arbeitern, zum Theil sogar den landwirtschaftlichen Arbeitern gewährt worden sind, hat man noch immer den baugewerblichen Arbeitern vorenthalten.

Aus letzterem Grunde sind auch die baugewerblichen Arbeiter gezwungen, ihre Mahlzeiten in ungeheiztem Raume einzunehmen oder sich, wenn es die Mittel gestatten, in die Wirthschaften zu begeben.

Redner weist nach, daß alle diese Forderungen in der Gewerbeordnung gewährleistet sind, nur sei die Ausführung den betreffenden Behörden überlassen, auch treffe ein großer Theil der Schuld, daß diese Mißstände noch bestehen, die Arbeiter selbst, da sie noch nicht energisch daran gegangen seien, den ihnen zustehenden Schutz zu fordern.

Wie diese einfache Erzählung zeigt, sind alle Klassen derselben Gefahr ausgesetzt, Krankheiten zu verfallen, die sie leichtsinnig und durch Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter selbst mit veranlaßt haben.

Das Durchschnittsalter der meisten baugewerblichen Arbeiter, Maurer, Löhner, Maler usw., erreicht kaum das 38. Jahr. Aber darum kümmert sich die Baupolizei nicht, ihre Thätigkeit liegt nur auf technischem Gebiet; welche Stellung der Arbeiter einnimmt und wie er existirt, gehört nicht in ihre Beobachtung.

Weiter berichtet der Referent, aus vielen Gegenden Deutschlands, wo an die zuständigen Behörden verwiesen worden ist, um die zuletzt angeführten Mißstände zu beseitigen, daß bei den Behörden in der Regel auf Grund eines aus der Mündel der Unternehmer eingeholten Entschlusses nicht zu thun geblieben haben, Schritte dagegen zu thun.

Heintze legt hierauf dar, wie die Regelung all dieser Fragen durch energisches Vorgehen der Arbeiter betrieben werden muß, um die Mißstände zu beseitigen. Die Bauhandwerker könnten in ihren Bestrebungen sicher auf die Solidarität aller Arbeiter rechnen, denn diese Mißstände betreffen alle baugewerblichen Arbeiter in ganz Deutschland und müssen dieselben deshalb auch von allen in diesen Berufen Beschäftigten gemeinsam bekämpft werden.

Nachdem Redner noch nachgewiesen, wie diese Mißstände nun schon seit Jahren durch die bisherige Kampfesweise zu ungenügenden Strengigkeiten und Streiks geführt habe, erklärt er, die Sache kann nur durch politische Agitation und auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt werden, und so wollen wir denn vorläufig verlangen, daß die Gesetze, die schon vorhanden sind, wenigstens zur Ausführung gelangen. Dies kann doch wohl kaum der vernünftige Reaktionsär ausschlagen.

gesandt, sowie allen in dieser Sache maßgebenden Vereinen, Instituten und Behörden unterbreitet werden. Wir werden dann hören, was diese Herren zu unseren gerechten Forderungen sagen.

Die heute, den 22. Januar, im „Trianon“ zu Dresden tagende öffentliche Gewerkschaftsversammlung möge eine Kommission, bestehend aus Angehörigen aller in Frage kommenden Bauberufe, wählen, welche die Mißstände im Baugewerbe in ganz Deutschland zur Diskussion bringt; ferner soll diese Kommission Material sammeln, um eventuell an den Bundesrath und den deutschen Reichstag heranzutreten mit dem Ersuchen, diese Mißstände von Reichswegen zu beseitigen.

Sozialpolitische Rundschau.

Zur Tabaksteuervorlage. Wie die Rahe mit der Maus, spielen Gesetzgeber grausam mit der Tabakindustrie. Bis gegen Mitte März wurde der Termin für die erste Sitzung der Tabaksteuerkommission hinausgerückt. Inzwischen steigt die Verwirrung im Reichstage und der Schacher breitet sich aus.

Das Finanzgesetz wurde nun gar noch der Tabaksteuerkommission überwiesen und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß es zuerst zur Berathung kommt, weil man bei dieser Berathung erst wird feststellen wollen, ob die „Finanzreform“ Aussicht auf Annahme hat und ob neue Steuern dazu nöthig sind.

Die Bepfandung dieser Steuer wird nun seit mehr als anderthalb Jahren in der Öffentlichkeit gepflogen, man kann fast sagen, es ist eine eigene Literatur darüber entstanden. Jedermann hatte in dieser Zeit Gelegenheit, in der Praxis die Verhältnisse der Tabakindustrie eingehend zu untersuchen. Und da die Wiedereinbringung der Tabaksteuervorlage bereits im vorigen Frühjahr von den Regierungsvorstretern angekündigt wurde, war es Pflicht der Reichstagsabgeordneten, sich über die Lage der Tabakindustrie zu informieren.

Da der Kommission wird im Einzelnen gegen die Vorlage eingewendet werden, was im Allgemeinen schon bekannt ist. Die Verweisung an die Kommission und die hinausgezogene Dauer um ihr Schicksal bedrängen Tabakarbeiter und kleinen Fabrikanten. Dieses Verlangen ist um so schärfer zu verurtheilen, als sich bei der Menarberathung der „Finanzreform“ herausstellte, daß es gar keiner neuen Steuern im Moment bedarf und der Schatzsekretär v. Posadowsky aus Mangel an Gründen für die Vorlage auf die angebliche Finanzkalamität im Jahre 1897/98 hinwies.

Das ergibt sich auch aus den krampfhaften Anstrengungen, unter allen Umständen den „Tabak mehr bluten“ zu lassen. Die nationalliberalen Pfeiffenspieler im Reichstage machen Bestände, die Tabakfabriksteuer zu retten, indem sie Staffeltarife für die prozentuale Besteuerung der Zigarren vorge schlagen, um die 4- und 5-Pfeennig-Zigarren vor Preisserhöhungen zu bewahren und dadurch den Rückgang im Verbrauch auf ein Minimum zu beschränken.

Abgeordneten, die nach der Lebensart: Der Tabak kann noch etwas getragen — die traurige Ausübung ihres Mandats rücken, greifen offiziöse Schiebungen unter die Arme; da wird empfohlen, wenigstens den Zoll auf ausländischen Tabak zu erhöhen. Gimpellang, nichts weiter! Die Regierung will mindestens 40 Millionen Mark mehr aus dem Tabak heraus schlagen. Vierlei, auf welche Weise dies geschieht: diese Belastung muß die Tabakindustrie ruinieren.

Zu dem Rahe nun, wie die Qual der Ungewißheit in den Kreisen der Tabakarbeiter verlängert wird, freigt auch die Erregung und Unzufriedenheit. Die andauernde Benachthigung für das Geschäft, kein Wunder, wenn heute schon die Tabakarbeiter unter dieser Herdrückungspolitik bitter zu leiden haben. Möge einst Daten mit gleichem Maße gemessen werden, die an all dem Unheil schuld sind.

Ein sehr abprechendes Urtheil über die Behandlung in den Unfallsituationen (die bekanntlich von den Unfall-Berufsgenossenschaften eingerichtet wurden) gab Herr Professor v. Bergmann in Berlin ab. Als er in seiner Klinik einen Fall von Luxation (Verrenkung) vorstellte, bemerkte er nach der „Med. Reform“: Der Fall kamme aus einer Unfallsituation und verwehre die schlimmen Erfahrungen, die er schon mit den

Unfallstationen gemacht habe, wieder um einen neuen. Hier habe ein ganzes Kollegium von Aerzten die falsche Diagnose „Fraktur“ (Bruch) gestellt und dann noch einen falschen Verband angelegt. Das sei aber kein Wunder, denn die Herren befänden mit Ach und Krach ihr Examen und bekämen dann durch Protektion eines Stadtraths, eines Onkels, der einen großen Namen hat, ihre Stelle an der Unfallstation. Man könnte aber eigentlich doch verlangen, daß Jemand, der eine so verantwortungsvolle Stelle übernehme, derselben auch gewachsen sei. Im Uebrigen hat Geheimrath v. Bergmann, möglichst zu verbreiten, daß in seiner Klinik — wie in jedem Krankenhaus — jeder Verletzte zu allen Stunden Hilfe und Aufnahme fände. — Dieses Urtheil über den Werth der mit so großer Reklame in's Leben gerufenen Unfallstationen steht bekanntlich nicht vereinzelt da, und über die Behandlung der Kranken in diesen Stationen nahmen wir schon öfter Gelegenheit, uns zu äußern.

Wozu kein Geld da ist. Im Abgeordnetenhaus wurde über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung verhandelt und darüber klage geführt, daß der Zustand der Fach- und Gewerbeschulen ein äußerst mangelhafter sei. Die Regierungsvertreter gaben das zum Theil zu, bewahrten aber, daß nicht mehr gesehen könne. Volks- und Fachschulen bleiben vor wie nach die Stiefkinder, wenn nur der Militarismus sein Recht bekommt — und dafür wird geforgt.

Gewerbliche Fortbildungsschulen in Württemberg. Nach dem für das Jahr 1892/93 gegebenen Gesamtbericht gab es in 195 Orten mit einer Gesamtbevölkerung von 826 950 Seelen 27 Fortbildungsschulen, in welchen Sonntags- und Abendunterricht in gewerblichen bzw. kaufmännischen Fächern erteilt wird und offene Zeichensäle bestehen, 109 Fortbildungsschulen mit gewerblichem Sonntags- und Abendunterricht ohne offene Zeichensäle (73 Städte, 36 Dörfer), 2 Fortbildungsschulen mit gewerblichem Unterricht ohne Sonntagsunterricht, 57 gewerbliche Zeichenschulen ohne weiteren Unterrichtsfächer. Zusammen 195. Außer diesen gewerblichen Fortbildungsschulen bestehen in 14 Städten zugleich weibliche Fortbildungsschulen. Die Schülerzahl betrug in allen Schulen zusammen 23 870, nämlich 17 195 Fortbildungsschüler, 771 Schülerinnen weiblicher Fortbildungsschulen und 6 040 Frauenarbeits-schülerinnen, wovon 18 906 unter und 4 464 über sieben Jahre alt sind. Die Zahl der Lehrer beträgt 1078, so daß im Durchschnitt auf je 22 Schüler ein Lehrer kommt. Die Gesamtsumme der Staatsbeiträge beläuft sich auf M. 189 029,06.

Ein städtisches Arbeitsamt trat am 1. März in Ulm in's Leben und am 1. April soll auch ein solches in Ravensburg errichtet werden. Dem Statut ist u. A. der recht zweckmäßige Passus eingefügt, daß an zuständiger Stelle dafür einzufolgt, daß die Geschäftsjahre des Alters- und Invalidenversicherungsamtes mit denen der Arbeitsvermittlung verbunden werden. Württemberg geht allen deutschen Staaten in der Errichtung städtischer Arbeitsnachweise voran.

Nur Pflichten haben die Arbeiter, aber sehr wenig Rechte. Außer der Pflicht: Steuerzahlen, Soldatwerden und Mauthallen wird den Arbeitern, wenigstens in staatlichen „Musterbetrieben“, noch eine neue Pflicht auferlegt, die zu kennen nicht interesselos sein dürfte. Sie lautet:

„Der Arbeiter ist verpflichtet, auf Verbesserungen und Erfindungen, die den besonderen Zwecken der Industrie oder ihrer Arbeit förderlich sein können, bedacht zu sein und solche Vorschläge der Direktion durch ihre Vorgesetzten vorzulegen. Alle Erfindungen, die von Arbeitern in Erfüllung ihrer beruflichen Pflichten gemacht werden, sollen dem Reichs-Patentamt zufließen. Das gilt auch von Gebrauchsmustern. Wird von einem Arbeiter die Nachahmung eines Patentes beabsichtigt, so ist die Direktion durch seine Vorgesetzten Anzeige davon zu machen, und die Erfüllung der Direktion darüber abzuwarten, ob im Interesse der Arbeiterverwaltung Einspruch dagegen erhoben wird. Sobald die Erfüllung eines Arbeiters oder eines anderen Angestellten von der Militärverwaltung für nutzbringend erkannt und verwertet wird, so erhält der Erfinder eine angemessene Prämie in barer Gelde.“

Sonderbar muß es berühren, wenn man dieselbe Behauptung in Militärverträgen, die etwa einer sozialistischen Bewegung huldigen und dieselben ohne Weiteres entlassen werden sollen, verpflichten will, von etwaigen Erfindungen oder Verbesserungen in solchen sofort dem Vorgesetzten Kenntnis zu geben. Die Ausübung einer Erfindung soll aber nicht dem Arbeiter selbst, sondern dem Militärskus zu Gute kommen. Natürlich, die Arbeitskraft des Arbeiters ausbilden, die Erfindung derselben ausbilden, ihn außerdem mit einer „Erdprämie“ abfinden, und wenn er, wie der Mohr, seine Schürze mit gethan hat, ihm einen „sanften“ Fußtritt versetzen, das geht noch über Unternehmerrmoral.

Kranken- und Invaliditätsversicherung. Dazu schreibt das „Sozialpolit. Centralblatt“ Folgendes: „Trotz der Verschiedenheit und Unvollständigkeit der deutschen Krankenversicherungsorganisation bestehen bekanntlich doch einige Vorzüge, welche die verschiedenen Träger zweier Versicherungsarten miteinander in Verbindung bringen und so, ohne es zu wollen, einer Vereinfachung und Verschmelzung wenigstens in etwas vorarbeiten. So weiß man, daß nach § 112 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes für die Bezirke der einzelnen Versicherungsanstalten die Einziehung der Beiträge durch die Krankenkassen und durch die Gemeindebehörden oder durch besondere Beauftragten vorgenommen werden kann. Allmählich kann denn auch für eine immer größere Anzahl der Bezirke die Einziehung der § 112 im Zusammenhang gebracht zu werden. Schon der erste Ausweis über die Rechnungsergebnisse der Versicherungsanstalten auf das Jahr 1891 zeigte, daß namentlich die mitteldeutschen und süddeutschen Bundesstaaten in der angegebenen Richtung vorgegangen waren, so Sachsen, Baden, Hessen, Thüringen. Nach dem jüngst dem Reichstage vorgelegenen Nachweise für das Jahr 1893 haben sich auch Württemberg und Braunschweig diesem Vorgehen angeschlossen. Aber auch in einzelnen preussischen Provinzen scheint sich die Einziehung auf Grund des § 112 immer mehr zu entwickeln. Nur in Bayern und Elb-Lothringen hat man bisher damit keine Versuche angestellt. Es ist ja klar, daß mit der Uebertragung der Beitragseinzahlung an Krankenkassen u. eine Erleichterung der Verwaltungskosten verknüpft ist. Während im Jahre 1891 die Kosten der Einziehung der Beiträge sich für sämtliche Ver-

sicherungsanstalten auf 0,4 Millionen beliefen, betragen sie im Jahre 1893 schon 0,9 Millionen. Es ist aber andererseits ebenso sicher, daß, wenn die Einziehung nach § 112 vollständig durchgeführt ist, die Kosten der Kontrolle sich bedeutend vermindern. Das Königreich Sachsen sowie Hessen haben für 1893 keinen Pfennig für die Kontrolle auszugeben gehabt, während beispielsweise von der Versicherungsanstalt Hannover für diesen Zweck über M. 100 000 verausgabt sind. Die Kontrollekosten haben sich insgesamt von noch nicht M. 200 000 im Jahre 1891 auf über M. 500 000 im Jahre 1893 vermehrt. Bei der Einziehung der Beiträge durch die Krankenkassen kann eben die Kontrolle im Interesse beider Versicherungsarten zugleich und deshalb viel billiger und doch gründlicher vorgenommen werden. Nur haben die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten bisher den Krankenkassen eine viel zu geringe Entschädigung (meist 4 Prozent) gewährt, so daß die letzteren statutenwidrig Geld darauf legen mußten (bis zu 8 und 10 Prozent). Damit stimmt die Angabe der Reichsstatistik über Krankenversicherung im Jahre 1892, daß zusammen 1756 Kassen, die darüber Angaben machten, Mehrausgaben über die Einnahmen in Höhe von circa M. 82 000 aus der Beizahlung der Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge hatten. In Hessen verlangen jetzt die Ortskrankenkassen Rückzahlung dieser Aufwendungen durch die Gemeinden. Die geringe Entschädigung, welche den Krankenkassen aus den reichen Mitteln der Alters- und Invaliditätsversicherung nur gewährt wird, ist also der natürliche Hauptgrund dafür, daß sich die nützliche Einrichtung nicht weiter ausbreitet und dort, wo sie vorhanden ist, nicht voll befriedigt. Deshalb ist eine Nachricht von Bedeutung, welche aus Baden kommt. Dort war für die ersten drei Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, die Jahre 1891/93, jene Vergütung durch die Vollzugs-Verordnung zum Invaliditäts-Versicherungs-gesetz auf 4 Prozent der eingezogenen Beiträge festgesetzt. Die verschiedenen, namentlich auch in Petitionen an den Landtag, hervorgehobenen Wünsche nach einer Erhöhung dieser Vergütung gaben im vorigen Jahre Veranlassung, die bei der Neufassung derselben in Betracht kommenden Verhältnisse zu prüfen. Auf Grund der Ergebnisse umfassender Berechnungen und Erhebungen über den durchschnittlichen Aufwand der Krankenkassen für den Einzug der Invaliditätsversicherungsbeiträge hat das Ministerium des Innern nunmehr mittelst einer Verordnung vom 7. Januar die Einzugvergütung auf 5 Prozent der eingezogenen Beiträge mit Wirkung vom 1. Januar 1894 an festgelegt. Das ist ein Anfang zum Besseren, und es steht zu hoffen, daß andere Versicherungsanstalten nachfolgen. Dann wird auch die Verbindung zwischen den beiden Versicherungsarten eine immer innigere werden.“

Bedrohende Arbeitslosigkeit. Die Friedrich-Wilhelmshütte in Wäldheim (Ruhr) hat einen Hochofen ausgeblasen und 51 Arbeitern gekündigt. Die Verwaltung der Zeche „Helene“ (Bochum) kündigte 250 Bergarbeitern. In zwei Zigarrenfabriken in Scharmbeck-Ostpreußen wurden sämtliche Arbeiter gekündigt insofern, falls die Tabaksteuer angenommen würde, sie sofort entlassen seien. In Wände ist 20 000 Tabakarbeiter die Entlassung angekündigt und von Mannheim berichtet die „Neue Bad. Landesztg.“, daß mehrere Zigarrenfabrikanten sich gezwungen sehen, mit Ende März nicht weniger als 14 Fabriken in den Nachbarländern Mannheims zu schließen, falls nicht in den nächsten Wochen das Scheitern der Tabaksteuervorlage außer Zweifel gestellt wird. Weßlich wird aus Brandenburg und vielen anderen Orten berichtet. Was werden die Folgen sein?

Entbehrungsloshuc. Die Halle'sche Maschinenfabrik und Eisengießerei versetzte an ihre Aktionäre für das vergangene Geschäftsjahr 28 Prozent Dividende. Im Vorjahre war das Unternehmen für die Aktionäre sogar 35 Prozent ab. Hoffentlich werden aber die Aktionäre auch bei 28 Prozent sich über Wasser halten können. — Die Aktionäre der Magdeburger Dampferwerft erhalten in diesem Jahre 13 1/2 Prozent Dividende, im Vorjahre waren es 12 Prozent.

Arbeitsstatistik in Oesterreich. Dem österreichischen Abgeordnetenhaus ist vorige Woche der Bericht des Gewerbeauschusses über die Regierungsvorlage, betr. die Errichtung eines arbeitsstatistischen Bureaus zugegangen. Nach demselben soll die ganze Statistik, der Bergbau und die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, soweit sie in die Unfallversicherung einbezogen sind, arbeitsstatistisch bearbeitet werden. Die Erhebungen sollen von dem arbeitsstatistischen Amte gepflogen werden, welches in seinem Wirkungsbereich selbstständig ist und unmittelbar dem Handelsminister untersteht. Zur Unterföhrung dieses Amtes wird ein ständiger Beirat gebildet, der 24 Mitglieder zählt. Die Mitglieder des Beirathes werden von der Regierung ernannt und haben zu einem Drittel aus Unternehmern, zu einem Drittel aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Juristen zu bestehen, deren sachmännische Mitwirkung bei den Arbeiten des Beirathes wünschenswert ist. Das arbeitsstatistische Amte ist beauftragt, die genauesten Erhebungen zu föhren, und die thatsächlichen Verhältnisse, welche den Beginn jeder Erhebung gebildet haben, zu begutachten; gegen jene Personen, welche zu Unkünsten und Angaben gegenüber dem arbeitsstatistischen Amte verpflichtet sind, können bei Verweigerung der Auskunft von diesem Amte Geldstrafen bis zu 1000 Gulden (M. 1700) verhängt werden. Die Erhebungen des arbeitsstatistischen Amtes dürfen, soweit dieselben nicht zur allgemeinen Publikation gelangt sind, nicht für Zwecke der Steuerverwaltung dienlich gemacht werden. Das Gesetz soll am 1. Januar 1896 in Wirksamkeit treten.

Es wird nicht gar sehr lange dauern und Oesterreich hat aus auf dem Gebiet der Sozialpolitik ebenso überflüssig, wie es dies auf dem Gebiete der Arbeiterchutzgesetzgebung bereits seit mehr denn einem Jahrzehnt gethan hat. Immer langsam voran! heißt die Parole in Preußen-Deutschland.

Das Koalitionsrecht auch der französischen Arbeiter ist in Gefahr. Wie verlautet, soll dem Senat nämlich ein Gesetzesentwurf unterbreitet werden, der in erster Linie den Eisenbahnarbeitern das Recht nimmt, sich zum Zwecke der Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen des Streiks zu bedienen, und ferner jeden gegen dieses Verbot Handelnden bis zu zwei Jahren Gefängnis bestrafen will. Das Eisenbahnarbeiterverbot, das an 80 000 Mitglieder zählt, und über ganz Frankreich verbreitet ist, hat eine lebhaftige Agitation gegen den Entwurf begonnen und wird auf seinem nächsten Kongresse ersten Erwähnung für den 26. April festgesetzt, u. A. auch die Frage veranlassen, ob der Entwurf im Nothfall nicht durch einen

Generalstreik beantwortet werden soll. So kann es leicht kommen, daß anstatt der Verhinderung eines Eisenbahnstreiks der Entwurf gerade zu einem solchen föhrt.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

z. Mannheim. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt Genosse Landtagsabgeordneter F. J. Erhart aus Ludwigshafen einen Vortrag über: „Die geschichtliche Entwicklung des Sozialismus“, der verdient, und sei es nur in kurzen Umrissen, weiteren Kreisen, besonders aber unserer Verbandskollegen, zugänglich gemacht zu werden, was hiermit geschehen soll. Der Redner führte etwa Folgendes aus: Es giebt Viele, die da glauben, daß die sozialistische Bewegung mit Daffale entstanden sei, jedoch ist diese Annahme vollständig irrig; denn wenn man, wie Redner, der seinerzeit Sekretär des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London war, die alten Protokollbücher obigen Vereins durchliest, so findet man, daß die dort gehaltenen Reden einen vollständig sozialistischen Charakter trugen. Ja, noch weiter zurück läßt sich der Sozialismus verfolgen, und zwar war es Morelli, der schon im Jahre 1755 gegen das Eigenthum, das er den größten Krebschaden der Gesellschaft nannte, ankämpfte. Der nach ihm auftretende Rousseau hatte sich sogar schon eine vollständige kommunistische Gesellschaft angedacht und vertrat dem Eigenthum gegenüber ganz denselben Standpunkt wie Morelli. Er sagte, daß die Eigenthumsbesitze den Menschen in Fleisch und Blut übergegangen sei, und daß nur die schärfsten Strafen im Stande seien, die Menschheit von diesem Uebel zu heilen. Nachdem die große französische Revolution von 1793 mit Hilfe des Proletariats glücklich durchgeführt war, und mit einem Siege des Bürgerthums geendet hatte, glaubte man anfangs, daß jetzt die vielgeliebte Despotie, Liberté, Egalité, Fraternité, zu deutsch: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, zur Wahrheit werden würde; doch, man hatte sich gründlich getäuscht. Ganz kurze Zeit, nachdem das Bürgerthum zur Herrschaft gelangt war, wurde Babeuf, der mit Recht gegen die neue Unterdrückung kämpfte, als Feind der Republik auf das Schaffot geschleppt. Der Bürgerkönig Louis Philipp, der bald darauf das Staatsruder ergriffen, trieb genau dasselbe schone Spiel mit dem Volke, als seine Vorgänger, er machte scheinbar in Sozialismus, wobei er aber demgegen den Staat austrübte, daß er den Ludwig's gleichgestellt werden kann. Um dieselbe Zeit lenkten die Theorien Saint Simons die Aufmerksamkeit der Sozialisten auf sich, und auch diese gipfelten in der Bekämpfung des Eigenthums, als der Ursache alles sozialen Uebels. Und endlich war es Fourier, der mit seiner Utopie auftrat und schließlich den Versuch machte, dieselbe in Form einer Kolonie in Frankreich zu verwirklichen. Nach vielem vergeblichen Suchen fand sich schließlich ein Kapitalist, der aber von keinem anderen Motive geleitet war, als dem, die Fourier'sche Kolonie kapitalistisch auszubeuten. Ein Anderer, Cabet, wanderte nach Amerika aus, um dort seine theoretischen Pläne in die Praxis zu übersehen, was ihm jedoch ebensowenig gelang als seinen Vorgängern. Blanqui versuchte eine andere Taktik anzuwenden, indem er einen Putzch um den anderen inszenirte, deren Resultat war, daß er etwa 50 Jahre im Gefängnis zubringen mußte. Proudhon, der das bekannte: „Eigenthum ist Diebstahl“ vertrat, war ein entschiedener Gegner des Kommunismus, und machte auch in der entchiedensten Weise gegen denselben Front. In den Jahren 1830—1848/49 sehen wir, wie die französische Bourgeoisie den Arbeitern durch die Einführung der bekannten Staatswerkstätten Sand in die Augen zu streuen suchte, was ihr jedoch nicht gelang. Die Arbeiter ließen sich nicht lange behören, sondern forderten mit Nachdruck ihre Rechte, noch einmal warteten sie drei Monate vergeblich, und wurden dann, als diese Frist verstrichen, mit blauen Bohnen gelockt; in der Juni'schlacht hat die Bourgeoisie das Proletariat föhlen lassen, wie es mit der Freiheit und den Rechten der Arbeiter in einem Bourgeoisestaate bestellt ist. Nach der Juni'schlacht erfolgte zunächst ein Stillstand, der jedoch nur äußerlich als solcher gelten kann, denn gerade Paris war der Sammelpunkt der sogenannten Intelligenzen, die den Wund der Gesellschaft gründeten, und eine Zeitung „Der Geschicht“ herausgaben, deren Redakteur Jakob Venedey, der Vater des jetzigen demokratischen holländischen Landtagsabgeordneten war. In Deutschland herrschte um diese Zeit die vollständigste Reaktion. Der Redner streift nun die hauptsächlichsten politischen Ereignisse Deutschlands, kommt zunächst auf Sand zu sprechen, der den Unterdrücker Koberue erdolcht hat, wie im Jahre 1833 die Braunschweiger ihren Herzog auf Reisen schickten u. Die Fürsten brachen ihre Worte, eine Schupsterei um die andere wurde verübt, die besten Kampfes für die Freiheit wurden in die Gefängnisse gesteckt und der edle Weiling farb durch den Erzeptionär Dalwig in demselben. In Oesterreich verübte der bekannte Ketternich seine Gammereien, und selbst in der „freien“ Schweiz suchte man durch alle möglichen Mittel den freien Gedanken zurückzudrängen. Die bekanntesten Agitatoren wurden ausgewiesen und gingen nach London, wo sie mit den aus Paris Ueberfiedelten im Jahre 1840 den kommunistischen Arbeiterbildungsverein gründeten. Der Schneidergeselle Weiling, den man nicht ausgewiesen hatte, gab dann seine „Garantien“ heraus, die er unter unfählichen Dystern und Entbehrungen in 2000 Exemplaren drucken und verbreiten ließ. Er war der Erste, der für die Frauenemanzipation eintrat. In einer Agitationsbrochure redet er die Frau etwa folgendermaßen an: „Trodne Deine Thränen, Du armes, elendes Weib, es leiden noch Viele mit Dir auf dem Erdenrund, aber der Tag der Befreiung wird anbrechen, wo Du Deinen Dranmen frei in's Antlitz schauen kannst; und wenn es einmal so weit ist, dann liebe, wer zum lieben föhig!“ Interessant ist, welchen Begriff Weiling vom Vaterlande hat, er sagt: Welche Liebe kann der zum Vaterlande haben, das ihm nicht bietet als das, was er in jedem anderen Lande haben kann? Ihr habt uns vom Vaterlande nichts gelassen als den Namen, den wir Euch eines Tages vor die Füße werfen werden. Blutegel sind es. keine Landeute, die uns Grund und Boden gestohlen haben. Uns bleibt es ganz gleich, ob ein Prinz oder Kuz, ob Napoleon, Wilhelm IV. oder Nikolaus regiert, wir müssen doch unter Jedem die Egel machen.“ Weiling war der praktische Agitator, so wollte er z. B. veranlassen, die 40 000 in der Schweiz internirten Gefangenen zu Idealisten zu machen, seine Freunde in Paris und London riefen ihm aber von diesem Schritte ab, worauf er auch diese Idee wieder aufgab. Bald darauf kam nun die Marx'sche Schule, die er bekämpfte,

woll er die materialistischen Anschauungen nicht anerkannte. Weisung erhielt man in der Schweiz sechs Monate Gefängnis, wurde auf 15 Jahre ausgewiesen, in Preußen ausgeliefert und in der Festung Magdeburg einige Zeit festgehalten. Nach etwa 18 Jahren traf er in Brüssel Karl Marx, wo eine Spaltung zwischen Idealisten und Realisten stattfand. Hierauf wandte sich er nach Amerika, wo er eine Kolonie gründen wollte, was ihm jedoch nicht glückte. Er laborierte noch jahrelang an der Erfindung einer Nähmaschine und starb als armer Mann, während ein Kapitalist sich seine Erfindung zu eigen machte. Die sozialistische Bewegung wurde in früher die Bürger und Studenten waren, die gegen die Unterdrückung und Knechtschaft ankämpften, waren es jetzt die Arbeiter, die ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nahmen, um nicht wieder für Andere die Kaskanten aus dem Feuer zu holen. Im Jahre 1864 wurde die Internationale gegründet, die vielen Sekten verschwand und schon auf dem Kongress von 1869 wurde die Forderung, Grund und Boden zu Gemeineigentum zu machen, zum Beschluß erhoben. Ferdinand Lassalle zeigte den Weg, auf welchem vorwärts gegangen werden konnte, und so hat sich dann der Sozialismus entwickelt, allmählich Stufe für Stufe, wobei immer ein Kämpfer den anderen ergänzte. Wir sehen es ja tagtäglich, wie wir vorwärts schreiten, der Morgen der Freiheit bricht an, und an uns ist es, uns auf diesen Tag vorzubereiten. Der Vortrag fand den ungetheilten Beifall der Versammlung. Aus dem weiteren Verlauf der Versammlung ist hervorzuheben, daß seitens der Zahlstelle Mannheim der Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung an den zu Oben stehenden Verbandstag gestellt wird. Weiter sollen die Provinzial-Agitationskomitees mehr geographisch eingeteilt, die Redaktion und Druckerei Goll wohl Expedition heißen, denn eine Druckerei hat die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht. D. Red.) der „Holzarbeiter-Zeitung“ und der Sitz des Verbandsvorstandes möglichst an einen Ort verlegt werden, und schließlich stellt unsere Zahlstelle einige Anträge zur Aenderung des Statuts.

Rürberg. Wir fühlen uns veranlaßt, das Gebahren eines hiesigen Glaser- und Schreinermeisters näher zu kennzeichnen. Es betrifft dies den Herrn Fr. Wörlein, Adamstr. 9. In diesem Geschäft ist es Sitte, daß während des Sommers den Arbeitern Besprechungen gemacht werden auf allerlei Art und Weise, z. B. behändige Winterarbeit und verschiedene andere mehr, um während der günstigen Geschäftsperiode die Höhe zu brücken. So kam es denn diesen Winter vor, daß die zwei Arbeiter, welche in der Organisation tige thätig sind, momentan 14 Tage die Arbeit einstellen sollten, womit sich die Arbeiter jedoch nicht gleich einverstanden erklären konnten, wurden aber von Herrn Wörlein so überredet, daß in 14 Tagen wieder Arbeit genug da sei, so sogar Ueberstunden gemacht werden müßten. Jedoch was geschah in 14 Tagen, als die Arbeiter ihr Recht verlangen wollten? Da hieß es, Ihr könnt arbeiten, aber nur noch 14 Tage, was Eure Kündigungszeit ausmacht, trotzdem daß Herr Wörlein mit seinen Lehrlingen (also billigen, gefügigen Arbeitskräften) bis Abends 8 Uhr und noch länger arbeitet. Wir Kollegen verließen dann, nachdem die Kündigungszeit abgelaufen, die Arbeitstätte, wo uns dann noch gesagt wurde, solche Arbeiter kann ich nicht brauchen, welche die Arbeitszeit so genau einhalten und sich gegen mich so brutal benehmen. Es geht also aus dem Ganzen hervor, daß es nur Manipulation organisierter Arbeiter ist. Wir wünschen daher Herrn Wörlein, daß er nächstens Arbeiter bekommt, die ihn mit Gleichschämern anfassen und sich von ihm Alles gefallen lassen. Wir werden uns aber deshalb nicht einschüchtern lassen und trotzdem ungehindert für die Organisation weiterarbeiten. Von Seiten fordern wir die indifferenten Arbeiter auf, sich zu organisieren, denn nur dann ist es möglich, solchen Arbeitgebern wirksam entgegenzutreten.

Sangerhausen. In der am 16. Februar er. abgehaltenen Mitgliederversammlung hiesiger Zahlstelle hielt Zeisner Gustav Robert-Weinmann einen Vortrag über den hohen Werth einer guten gewerblichen Fachbildung und Allgemeinbildung für den Arbeiter, mit Bezug auf seine wirtschaftliche Lage und den Hinblick auf die gewerkschaftliche Bewegung. Unsere jungen Kollegen bewiesen durch ihre lebhafteste Theilnahme an der Diskussion ihre Verstandes für diese Materie, was auch sehr deutlich bei der Abstimmung über den Antrag des Referenten, betreffs Erhöhung der Mitgliederbeiträge zum Ausdruck kam. Es wurde allgemein anerkannt, daß eine geringe Erhöhung des wöchentlichen Beitrages, etwa um 10 Pf., jedem möglich werde, der den guten Willen habe und von der Nothwendigkeit einer finanziell gut fundierten Gewerkschaftskasse als unabweisbar überzeugt sei, und daß diejenigen, die sich daran weigern, auch bei den minimalen Beiträgen nicht zu gewinnen beginn zu haben seien. Es wurden die großen Vortheile unter anderem auch durch die Möglichkeit illustriert, außer wichtigstes Kampfmittel, die Presse, täglich und illustrirt zu auszugeben, daß sie erfolgreich als Helfer auch den bürgerlichen Jungkämpfern und gesinnungstreuen Fachblättern die Seite bieten und den Lesern, welche ihre geistigen Bedürfnisse höher und höher stellen, andererseits dasselbe bieten kann. Kollege Zeisner Robert-Weinmann formulierte einen diesbezüglichen Antrag, der einstimmig angenommen wurde. Es wurde beschlossen, denselben dem gewählten Verbandsdelegierten für Halle a. S. übermitteln und denselben zu beauftragen beim Verbandstage folgenden Antrag zu stellen: „Sollt der Verbandstag sich für eine Erhöhung der Beiträge entscheiden sollte, dieselben zum Theil auf eine bessere typische und illustrirte Ausstattung des Jahrganges der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu verwenden. 1. Eine Veranschaulichung des Lesers ist dringend geboten. Die häufig ungenutzten Seiten, so notwendig, so vornehmlich für uns und für sich sind, nehmen einen zu großen Theil ein; dieselben sollen besser in ein Jahrbuchgewerkschaftsblatt (eventuell hiesige das „Gewerkschaftsblatt“) als in eine andere Zeitschrift, oder bereits vorhandene Wochenblätter, welche diese Materie erschöpfend behandeln und von denen, welche sich häufige Unternehmungsbildung zu mehr als die Nationen und Arbeiter zu der ungenutzten Bewegung interessieren, dort finden werden können. 2. Die Einwirkung hochachtungsvoller Beiträge geschieht lieber in einem wissenschaftlichen Jahrbuch. 3. Die einflussreichsten Arbeiter Zeitschriften sind möglichst durch Illustrationen zu unterstützen. 4. Die Einwirkung einer Anzahl für technische Fortschritt, so der sich die Fortschritte in Form von Proben und Entwürfen beschaffen. Dieser technische Fortschritt ist möglichst umfangreich zu gestalten. Man soll immer die technische und gewerbliche Fragen stellen innerhalb dieser Rubrik oder in besonderer kleiner Rubrik, wenn auch durch illustratives Material zur besseren Veranschaulichung unterstützt, sorgfältig und gewissenhaft behandelbar werden. Erhebliche Mehrkosten werden kaum entstehen, da erfahrungsgemäß, wie in bürgerlichen Blättern, die Beantwortungen aus dem Leserkreis gratis erfolgen. 5. Eine den neuesten Anforderungen und dem derzeitig hohen Stande, der ungeheuer billigen Herstellungsweise der graphischen Veranschaulichungsmittel, entsprechende illustrative Ausstattung in Form von in Lege eingeschalteten Bildern, sowie einer bzw. zwei technischen Beilagen, welche abwechselnd Vorlagen, einfache moderne Entwürfe leicht auszuführender, in der täglichen Praxis vorkommender Arbeiten des Bau- und Möbelschlers, des Drechslers, des Holzbildhauers bringen. 6. Eines juristischen Rathgebers, welcher alle im beruflichen Leben sich ergebenden Rechtsfragen behandelt; Publikation allgemein interessirender Gewerbegerichts-Erkenntnisse etc.“

hast behandelbar werden. Erhebliche Mehrkosten werden kaum entstehen, da erfahrungsgemäß, wie in bürgerlichen Blättern, die Beantwortungen aus dem Leserkreis gratis erfolgen. 5. Eine den neuesten Anforderungen und dem derzeitig hohen Stande, der ungeheuer billigen Herstellungsweise der graphischen Veranschaulichungsmittel, entsprechende illustrative Ausstattung in Form von in Lege eingeschalteten Bildern, sowie einer bzw. zwei technischen Beilagen, welche abwechselnd Vorlagen, einfache moderne Entwürfe leicht auszuführender, in der täglichen Praxis vorkommender Arbeiten des Bau- und Möbelschlers, des Drechslers, des Holzbildhauers bringen. 6. Eines juristischen Rathgebers, welcher alle im beruflichen Leben sich ergebenden Rechtsfragen behandelt; Publikation allgemein interessirender Gewerbegerichts-Erkenntnisse etc.“

Wilsdruff. Kollege Götsche aus Dresden sprach hier am 24. Februar in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung über: „Die Arbeiterorganisationen und die bürgerliche Gesellschaft.“ in 1 1/2 stündigem Vortrage. Redner schilderte in treffender Weise die Zustände zu der Zeit, die unsere Innungsmeister die „goldene“ Zeit für das Handwerk nennen; diese sei vorüber und das Handwerk durch die Großindustrie nahezu verdrängt. Die Arbeiterkassen hätte sich Angesichts der Konzentration des Kapitals in Vereinigungen zusammengeschlossen, um sich gegen die wüthende Degeneration zu verteidigen. Eine Hauptaufgabe der Organisation müsse das Streben für Verkürzung der Arbeitszeit sein, ferner die Beseitigung der Akkordarbeit, da diese nicht nur für sie, sondern auch für die Lebenshaltung der Gesamtheit von Nachtheil sei. Redner geht nun näher auf die Entwicklung der Technik und die Fortschritte auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete ein und bezeichnet es als einen Rückschritt, wenn heute eine beschränkte Klasse Menschen, wie die verbliebenen Innungsmeister, wieder durch Befähigungsnachweis und Zwangsmaßnahmen dem Fortschritt der Zeit Fesseln anlegen wollten. Auf die Produktion eingehend, schildert Redner die Entstehung und die Folgen der Krisen, die sich in höchst nachtheiliger Weise für die gesammte Arbeiterkassen wie auch im Geschäftsleben fühlbar machen. Eine Resolution, die die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation anerkennt, wurde hierauf angenommen.

Werdau. Bezugnehmend auf die Notiz in Nr. 52 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahre „Gute Preise halten und die Arbeiter besser bezahlen“, in welcher ein Verleger der Zeitschrift „Schäfen- und Wagenbau“ auf die Schleuderpreise im Stellmachergewerbe in Werdau hinweist, sehen wir uns veranlaßt, Näheres mitzutheilen. So arbeiten z. B. in der Wagenfabrik von Schumann 23 Gesellen und 7 Lehrlinge. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden 20 Minuten täglich, von früh 6 bis 7 Uhr Abends, 1 Stunde Mittags-, 20 Minuten Frühstücks- und 20 Minuten Seilperauszeit; dabei schwankt der Lohn zwischen M. 12 und 17,50, ist auch schon dagewesen, daß noch unter M. 12 bezahlt wurde. Trotzdem daß für diese Fabrik doch auch das Fabrikgesetz besteht, schert sich dieser Herr aber, wie es scheint, wenig darum, denn es wird auch Sonnabends bis 7 Uhr Abends gearbeitet. An Lohnabzügen fehlt es auch nicht, so wurden einem Arbeiter, welcher einen Bohrer im Werthe von 60 Pf. abgegeben, dafür M. 1,50 abgezogen. Titulaturen, wie Drummocke, Rindvieh und dergleichen, sind an der Tagesordnung. Daß durch solche Behandlung und solche Verhältnisse die Arbeiter unzufrieden werden, ist selbstverständlich, können aber auch zur Besserung ihrer Lage nichts unternehmen, weil der Individualismus in Werdau ein zu großer ist. Von 300 Holzarbeitern gehören dem Verbands ganze 35 Mann an. Noch schlimmer ist es bei den Metallarbeitern. Trotzdem versuchen es die Arbeiter genannter Fabrik, den Arbeitgeber zu erlösen, Sonnabends um 6 Uhr Abends zu schließen und Frühstücks- und Seilperauszeit um je 10 Minuten zu verlängern. Dem ersteren Wunsch kam der Arbeitgeber auch nach, aber Frühstücks- und Seilperauszeit konnte er nicht verlängern, weil die Arbeit eilt. So muß denn dieser liebevolle Arbeitgeber seine Leute täglich 20 Minuten länger arbeiten, um die Schleuderpreise (welche der Verleger des Artikels in der Zeitschrift „Schäfen- und Wagenbau“ kritisierte) anrecht zu erhalten. Auch wurden zwei Kollegen, welche sich für ihre Nebenarbeiter aufsperrten, von einem „Anschubverbandsmittglied“ kein Arbeitgeber denazigirt und an die Luft gesetzt.

Eingekandt!

Steht man sich einige der gestellten Anträge zum Verbandstage etwas genauer an, so fragt man sich unwillkürlich, ob die Antragsteller auch wohl von deren Durchführbarkeit überzeugt gewesen sein mögen? So ist mir in erster Linie derjenige aus Schlingen erschienen, der die „Holzarbeiter-Zeitung“ nur alle 14 Tage erscheinen lassen will. Die Antragsteller wissen offenbar den Werth einer Arbeiterzeitung nicht zu schätzen, sonst könnten sie unmöglich einen solchen Antrag beim Verbandstage unterbreiten. Der Gelegenheit hatte, die Richtigkeit, Tadel und Protest der Unterzeichneten kennen zu lernen — und diese Gelegenheiten hatten wohl schon alle Kollegen —, der muß auch wissen, daß die Preise in erster Linie auf dem Konsum beruhen, um den Manipulationen, welche die Unterzeichneten gegen die Arbeiter in Szene setzen, entgegen zu treten. Bei alle noch so schönen Reden und Resolutionen in der Kritik unerschütterten Zustände nicht erreichen, das vermag unsere Zeitung nicht zu leisten. Wir sind der Meinung, daß der Verband circa 800 Einzelmitglieder zählt, welche weit weg von aller Kultur und Aufklärung ihr Domizil aufgespielen haben, wie Schreiber dieses im vergangenen Jahre in der Sauerburger Heide; diesen soll man die einzige Zeitung geschenkt werden, die auch zugleich als Agitationsmittel dient? Das kann und darf nicht geschehen.

Die Ablehnung des Antrages aus Segeberg, die Streitfundsammlung einzuführen, halte ich für selbstverständlich. Einem Antrage aus Uana, „daß nur solche Mitglieder in die Verwaltung gewählt werden, die einen guten Namen haben“, ist zu wünschen, daß er auf dem Verbandstage Annahme findet, verschiedene Fernreisen würden notwendig werden. Julius Rohland, Redakteur, Mitglied der Zahlstelle Frankfurt a. M.

Achtung, Bürstenmacher! Kollegen, es wird Euch wohl noch erinnerlich sein, daß die Bürstenfabrik von Karl in Walsdorf-Burbach in allen Zeitungen Bürstenmacher unter allen möglichen Beschreibungen suchte. Da nun genannte Fabrik in Wälde wieder Arbeiter suchen wird, so sehen sich die hiesigen Kollegen genöthigt, die aller Beschreibung spottenden Verhältnisse am Orte klarzulegen.

Herr Karl hat allen denen, die sich an ihn gemandt hatten, mitgetheilt, daß die Verhältnisse am Orte die denkbar günstigsten und die Lebensmittel ausnahmsweise billig wären. Ferner hat Herr Karl ihnen großmüthig einen Vorschuß zur Deckung der Umzugskosten gewährt. Man kann getrost annehmen, daß es Herrn Karl nur in Folge seiner vorigen Schilderungen möglich war, Arbeitskräfte hierher zu ziehen. Um nun die Kollegen zu warnen, sehen sich die hiesigen Kollegen veranlaßt, Nachstehendes zu veröffentlichen.

Wie es mit den denkbar günstigsten Verhältnissen und ausnahmsweise billigen Lebensmitteln aussieht, können die Kollegen daraus ersehen, daß ein lediger Kollege M. 1,50—1,60 Postgeld pro Tag bezahlt, dabei muß er sein Nachtlager noch mit einem zweiten Einlogirer theilen. Daß Kollegen mit 3—5 Personen in einem 20—25 Kubikmeter fassenden Schlafraum, der zum großen Theil noch unter dem Dache liegt, die Nächte zubringen müssen, ist keine Seltenheit. Aus Vorstehendem kann man ja leicht ersehen, daß die Wohnungs- und Lebensverhältnisse bei den Bürstenmachern noch weit schlimmere sind.

So lange nun die Läger des Herrn Karl noch nicht gefüllt waren, war es noch einigermaßen möglich, zu existiren. Als aber eine Geschäfsflaute eintrat, ging es mit der Humanität des Fabrikanten in die Brüche. In letzter Zeit sind Fälle vorgekommen, daß verheirathete Arbeiter mit M. 14—15 für zwölftägige Arbeit nach Hause geschickt worden sind. Frauen, denen er hieselbst eine Meisterstelle versprochen, sind nicht selten mit 60—70 Pf. Tagesverdienst abgefunden worden. Einen Begriff von der Humanität dieses Herrn, der sich brüstet, sehr gottesfürchtig zu sein, bekommt man, wenn man sieht, daß der Herr sich mit der Uhr in der Hand neben die Arbeiterinnen setzt und ihnen aufgiebt, daß die Arbeit in der und der Zeit fertig sein muß.

Daß nicht Alles so glatt geht, beweisen die vielen Streitfälle vor dem Gewerbegericht, die allerdings meistens zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen. Dies würde wohl kaum so oft der Fall sein, wenn die organisirten und aufgeklärten Arbeiter bei den Gewerbegerichtswahlen einen Einfluß ausüben könnten; aber bekanntlich ist im Königreiche Stumm jede Arbeiterorganisation machtlos, und warum, das wissen die Kollegen selbst.

Daß die Arbeiter unter den gegebenen Umständen kein allzu großes Vertrauen zu dem Gewerbegericht haben, ist erklärlich, kam doch neulich ein Fall vor, daß eine Frau, die auf Erhaltung des ihr versprochenen Heirathsgeldes klagbar werden wollte, vom Sekretär des Schiedsgerichts abgewiesen wurde. Erst auf das Drängen eines Verbandskollegen sah sich der Vorsitzende genöthigt, die Sache vor das Schiedsgericht zu bringen. Während Herr Karl stets durch seinen Buchhalter beim Schiedsgericht vertreten war, wurde der Frau das ihr im § 29 des Gewerbegerichtsgesetzes zustehende Recht mit der Motivirung verweigert, daß, so lange sie sich am Orte befindet, kein Vertreter zugelassen würde. Wie sich dieses Vorgehen mit dem Gesetze deckt, wird jedem Arbeiter ein Räthsel bleiben.

Darum, Bürstenmacher und Bürstenmacherinnen, laßt Euch nicht verleiten durch Annoncen und vielversprechende Briefe, nach hier zu kommen. Denn Alle, die auf dergleichen hineingefallen sind, haben es schon hundertfach bereut. Im Uebrigen bitten wir Euch dringend, den Bezug bis auf Weiteres nach hier fern zu halten.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der Verband deutscher Zimmerer zählt laut seiner Jahresabrechnung 8277 zahlende Mitglieder. Die Einnahme betrug im vorigen Jahre einschließlich des Restbestandes aus vorigem Jahre von M. 18820,50 zusammen M. 70118,58. Die Ausgabe betrug M. 43622,96, davon entfallen u. a. auf Rechtschutz M. 866,49, für Agitation M. 3991,74, Reiseunterstützung M. 3208. Für d. Verbandsorgan „Der Zimmerer“ M. 16706,45. An die Generalkommission M. 9518,21.

Der Verband der Schiffszimmerer hatte Ende 1894 1110 Mitglieder in neun Lokalverbänden. Der verunglückte Streit in Boizenburg hat M. 1668,85 gekostet. Derselbe war von vornherein verfehlt, die Leute scheinen sich dem Verbands nur angegeschlossen zu haben, um auch einmal Streit machen zu können, welche Verhältnisse dazu führten, daß der Vorstand die Unterstüßung einstellte. Das hatte aber wieder den Austritt der Kollegen in Bremen haben zur Folge, die mit dieser Maßnahme nicht einverstanden waren. Recht mißliche Verhältnisse für einen an Mitgliederzahl so schwachen Verband. Die Streitunterstützung wurde von der Generalversammlung, die Mitte Februar in Hamburg stattfand, auf M. 9 für verheirathete und M. 7 für ledige Mitglieder festgesetzt. Die Erhöhung des Beitrages von 10 auf 15 Pf. wurde abgelehnt, dagegen soll das Verbandsorgan in kleinerem Format erscheinen und die sozialpolitische Beilage in Wegfall kommen, um Exparnisse zu erzielen. Eine Resolution, die Forderung der staatlichen Kontrolle über den Schiffbau, die Reparatur der Sohle, sowie über die Seetüchtigkeit in jeder Hinsicht betreffend, wurde angenommen.

Die „Anföhrung der Vertrauensmänner“ des deutschen Textilarbeiterverbandes in der Chemnitzer Amtshauptmannschaft ist vom Oberlandesgericht bestätigt worden. Die gegen das Urtheil des Landgerichts eingelegte Revision wurde verworfen. Sie rügte in der Hauptsache inhaltliche Beschränkungen, dies sei eine unzulässige Ueberschreitung des Revisionsrechts; ein Rechtsirrtum liege nicht vor und sei an den ausgezeichneten (!) Darlegungen des Chemnitzer Landgerichts nicht zu rütteln.

Die Arbeitslosenstatistik, welche die Magdeburger Gewerkschaften am 31. Dezember von den Arbeitslosen Magdeburgs ausarbeiteten, bedeutet, so unvollkommen sie auch immer ist, eine schwere Auflage gegen die herrschende Wirtschaftsordnung. Es waren arbeitslos 727, davon 478 Verheirathete, die 1248 Kinder zu ernähren hatten. Diese Personen waren im Jahre 1894 zusammen 16091 Wochen arbeitslos; die Verheiratheten wurden dabei mit 10906 Wochen Arbeitslosigkeit betroffen. Die Ledigen haben 6094 Wochen, die Verheiratheten 10830 Wochen gearbeitet. Auffallend ist auch, daß die Familienväter unter den Arbeitslosen stärker vertreten sind; wie aus obigen

Zahlen zu ersehen ist, sind es 229 Familienväter mehr als ledige Personen. Zählt man zu den 727 Erwachsenen noch die 1243 armen Kinder, dann erhält man schon die ansehnliche Anzahl von 1970 Personen, die nicht wissen, womit sie sich kleiden oder nähren sollen. Diese Zahlen reden eine recht deutliche Sprache, leider wird sie von den Behörden nicht verstanden oder will nicht verstanden werden. Welch ein Elend würde sich erst offenbaren, wenn die Behörden es unternehmen würden, eine umfassende Statistik über obige Fragen aufzunehmen; aber es graut ihnen vor dem Resultat, und deshalb unterbleibt es.

Der Boykott in Braunschweig besteht fort. Eine Volksversammlung lehnte den in voriger Nummer mitgetheilten Vortrag ab und beschloß, daß, wenn die 21 ausgesperrten Brauereiarbeiter nicht innerhalb acht Tagen in ihrem Berufe in Braunschweiger Brauereien eingestellt würden, der Boykott aufrecht erhalten werden solle. Da kaum anzunehmen ist, daß die Brauereibesitzer auf diesen Vorschlag eingehen, so kann der Boykott, den nun schon zehn Monaten währenden Boykott aufzuheben, als gescheitert betrachtet werden. Ob mit dem Beschlusse der Versammlung angeichts der gegenwärtigen politischen Verhältnisse und der langen Dauer des Boykotts das Richtige getroffen worden ist, wird die Zukunft lehren.

Sämtliche Drechslermeister Wiens, welche in Perlmutter arbeiten, stehen seit Montag voriger Woche im Streik. Sie verlangen von den Exporteuren und Abnehmern höhere Preise. In diesem Streik stehen Meister und Gesellen zusammen; gewiß ein seltenes Schauspiel. Die Erzeugung der Krugentöpfe aus Perlmutter ist eine besonders schwere Arbeit, und deshalb haben vor kurzer Zeit die Arbeiter kraft ihrer Organisation eine Lohnerhöhung durchgesetzt, ebenso die Beibehaltung von Licht und Werkzeug vom Arbeitgeber erzwungen. Die Meister erklären nun, daß sie gern den Arbeitern die besseren Löhne zahlen, daß sie aber selbst dabei nicht existieren können, wenn sie nicht günstigere Preise erzielen. Die Meister erklärten infolge dessen, solidarisch vorzugehen und zu streiken, gleichzeitig die Arbeiter der Branche, welche durch diesen Umstand natürlich arbeitslos geworden sind, um die moralische Unterstützung des Streiks erhaltend. In einer gemeinsamen Versammlung wurde ein Streikcomité gewählt, bestehend aus Meistern und Arbeitern, welches die Aufgabe hat, in allen Werkstätten zu kontrollieren, ob kein Meister etwa einen Streikbrecher macht. Bisher stellt die Sache günstig. Die Anzahl der streikenden Meister ist 30, die der arbeitslosen Arbeiter 180.

Wie die Schreiner Zürichs, so wollen auch die Stellmacher und Schmiede in diesem Frühjahr an den Forderungen des letzten Jahres: zehnstündige Arbeitszeit, 40 Centimes Minimallohn pro Stunde und Freiheit in Bezug auf Kost und Logis, festzuhalten.

Drohender Grubenarbeiterstreik in England. Die Kohlengrubenbesitzer von Süd-Wales haben ihren 100 000 Arbeitern gekündigt. Die Kündigung tritt nach einem Monat in Kraft. Es ist dies geschehen, damit die Arbeitgeber sich von der gleitenden Lohnskala freimachen können. Die Arbeiter wünschen kürzlich eine Erhöhung von 1/4 Prozent, allein die Grubenbesitzer lehnten diese Forderung ab.

Ein großer Ausstand der Schuhfabrikaner von Leicester und Northampton steht nahe bevor. Es dürften sich an demselben gegen 200 000 Arbeiter beteiligen. Die Ursache ist das Vergeben von Arbeiten an Schuhmacher kleinerer Städte, die weit billiger arbeiten, als die Arbeiter der großen Städte. Der Verband hat 62 000 Pfund Sterling zur Verfügung und glaubt mit dieser Summe die Unternehmer mit Erfolg bekämpfen zu können.

Gerichts-Chronik.

Eine wichtige Entscheidung, betreffend das Vereins- und Versammlungsgesetz, fällt kürzlich das Obergericht in Cassel. Der Bevollmächtigte der Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes war von der dortigen Polizeidirektion wegen Nichtanmeldung des veränderzten Vorstandes mit einem Strafmandat von M. 15 bestraft worden. Gegen diese Strafe rief der Bevollmächtigte die richterliche Entscheidung an und motivierte dieselbe dahin, daß er kein Handlung begangen zu haben glaube, welche ihn mit dem § 2 des Vereins- und Versammlungsgesetzes in Konflikt gebracht hätte. Der Vertreter des Herrn Staatsanwalts beantragte nach Vernehmung der Zeugen, da er annahm, daß keine Verlesung des betreffenden Paragraphen vorliege, die Freisprechung. Das Gericht schloß sich dem Antrag an und zwar deshalb, weil in dem Gesetz keine derartige Bestimmung enthalten und weil die alte Verwaltung noch in Thätigkeit zu weilen sei.

Eine Beschwerdekommission soll nach der Ansicht der hiesigen Polizeibehörde ein Verein sein, sie beantragt, daß eine solche Kommission, die, wenn sie auch in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung gewählt sei, sich aber mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige, den Bestimmungen des Vereinsgesetzes nachzukommen und Statuten und Mitgliederverzeichnis nicht binnen zehn Tagen einzulegen habe.

Die Thätigkeit, welche sich auf öffentliche Angelegenheiten beziehen soll, bestand darin, daß die Kommission alle Klagen über etwaige Mißstände in der Fabrik von den Arbeitern entgegenzunehmen sollte, um alle den Vorzügen des Arbeitergesetzes zu unterbreiten. In dieser Kommission wurden nun zwei Mitglieder gewählt, die sämtlich nicht Fabrikarbeiter waren.

Technisches.

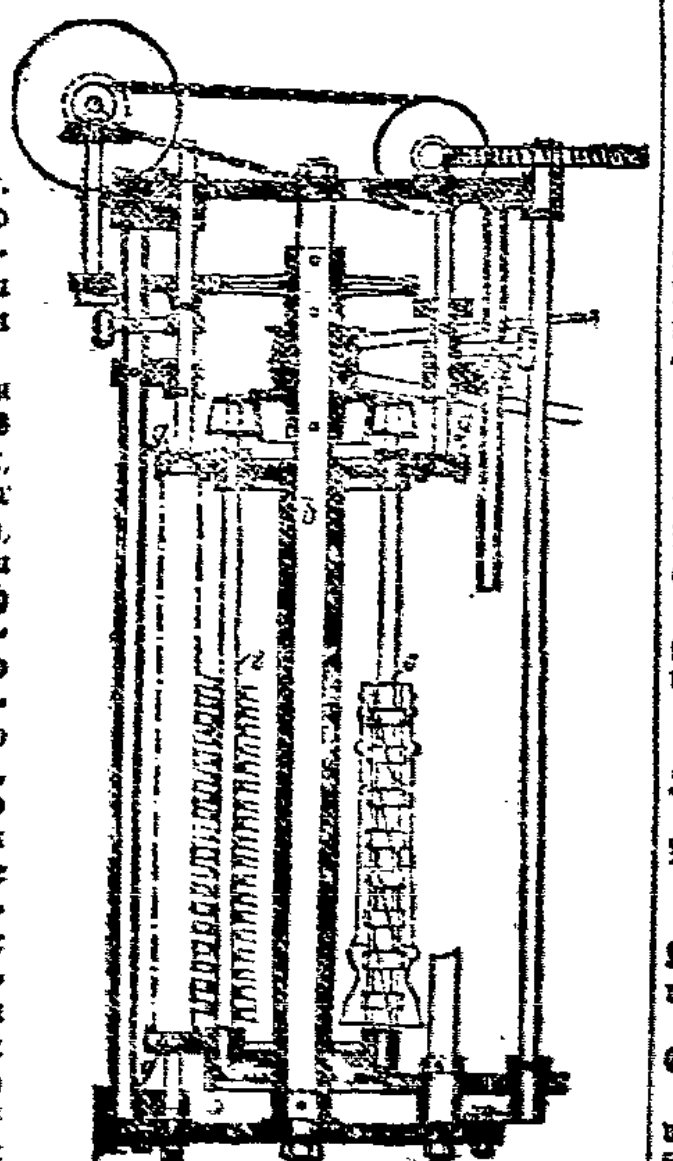
Finanzlagen auf Holzflächen in der Art von eingelegeten Holzarbeiten herzustellen. Die zu dekorierende Holzfläche wird mehreremale rein polirt, und sodann die Zeichnung aufgetragen. Das Ornament, welches mit Finis eingeleget werden soll, wird nun mit einem Bildhauerseisen je herausgearbeitet, daß die Vertiefung etwa 1 Millimeter in das Holz rindringt. Am Grunde muß die Gravur breiter sein, als an der Oberfläche. Zum Einlegen eignet sich am besten eine Legierung von 3 Zinn und 1 Blei. Diese Masse wird in kleine Streifen geschnitten (vorher natürlich nicht in Stäbchenform, sondern in Blechform, circa 1 1/2 Millimeter dick) und mit einem über einer Spiritusflamme erhitzten Weisbolzen in die Vertiefungen eingedrückt. Ist dies mit dem ganzen Ornamente gethan, so zieht man die

Fläche mehreremale mit einer scharfen Ziehlinge behutsam ab; mehreremale mit Politur eingelassen und wieder abgezogen. Sollte das Holz gebeizt werden, so wird die Beize aufgetragen, sofort wenn noch naß, mit Bimsstein geschliffen und schließlich nach dem Trocknen mit Leinöl und feinem Schmirgel auf Tuchlappen gepulvt.

Ueber die Ursache des „Weißwerdens“ der Politur schreibt ein Fachmann Folgendes: In der That ist das Weißwerden der Politur in den Witterungsverhältnissen im Winter in der Kälte im Sommer in der mit Feuchtigkeit allzusehr geschwängerten Luft zu suchen, oder aber, und das trifft besonders im Sommer bei dem Weißwerden zu, in dem zu geringen Alkoholgehalt des dem Schellack zugesetzten Spritzs. Ich bin Goldbleichen-Arbeiter und fertige fast nur gute Politurleisten an, die ebenso, wie jede gute Möbelarbeit mit „Politur“ und Del polirt werden; während die minderwertigen Leisten durch Lacküberzug ihren Glanz erhalten. Bei dieser letzteren Arbeit, also bei dem Lackieren wie auch beim Poliren des Lacks, haben wir nun ungenügend unter dem Weißwerden oder, wie wir es nennen, „Anlaufen“ der Glanztheile zu leiden. Es ist dieser Uebelstand manchmal selbst im Sommer, wenn die Luft etwas feucht ist, ein derartiger, daß an sonst recht warmen Tagen die Fenster geschlossen und Feuer angelegt werden mußte. Die Ursache ist darin zu suchen, daß in dem Lack oder der Politur der Wassergehalt der Luft zu sehr eindringt und den Schellack dadurch dick und milchig macht, oder auch daß, wie ich schon angeführt, der Spritz überhaupt nicht gehaltvoll genug ist. Sie können selbst durch einen sehr drastischen Versuch das oben Gesagte probieren, indem Sie zu Schellack (aufgeschliffen) etwas Wasser, oder auch mit Wasser verdünnten Spritz gießen, Sie werden alsdann sofort bemerken, daß der Schellack fäkt, wie man zu sagen pflegt. Dieser Zustand, den man hierbei in sehr nachdrücklicher Weise bemerkt, ist derselbe, welcher bei dem „Weißwerden“ oder „Anlaufen“ der Politur bemerkt wird. — Nun also noch Einiges darüber, wie ein derartiger Uebelstand vermindert resp. abgestellt werden kann. Ist derselbe in dem zu schwachen Alkoholgehalt des Spritzs zu suchen, so genügt schon ein frischer Zusatz stärkeren Spritzs, ist aber das allzu feuchte oder kalte Wetter schuld, so muß geheizt werden, und heißen feis Nether (Schwefeläther) verwendet. Ein nicht allzu großer Zusatz zur Politur ist sehr oft von überraschendem Erfolg.

Vertilgung von Hauschwamm ohne Aufnahme der Diele und ohne Störung für die benutzten Räume. (Patent Nr. 76 877) von M. Seemann, Regierungsbaumeister in Berlin. Das Verfahren beruht auf der Erfahrung, daß der Hauschwamm in absolut trockener Luft zu Grunde gehen muß, er gedeiht nur in abgeschlossenen ungelüfteten, Feuchtigkeit enthaltenden Räumen, speziell zwischen der Diele und Schalung der Gebäude, woselbst sich dem Bauholz anhaftende oder aus der Bauperiode (oder von Ueberschwemmungen) herrührende Feuchtigkeit befindet. Diese nun wird in energischer Weise durch besondere Apparate ohne Aufnahme der Diele und ohne Störung der Benutzung der Räume derart vertrieben, daß das ganze Schwammgebiet absolut ausgetrocknet wird. Hierdurch geht der Hauschwamm zu Grunde, er erstirbt zu einem lederartigen, nicht mehr lebensfähigen Gebilde. Alsdann wird durch dieselben Apparate unter großem Druck in die einzelnen Balkenfelder ein Gas gedrückt, welches in die feinsten Poren der Holz- und der Ausfüllung bringt und alle pflanzlichen Organismen daselbst vernichtet. Das ganze Verfahren nimmt in jedem Balkenfelde nur einige Stunden in Anspruch, nach Verlauf welcher Zeit der Fußboden und die Zwischenbede in absolut trockenen und gesunden Zustand versetzt sind, sodas eine weitere Beförderung durch Schwamm ausgeschlossen ist und die moderigen feuchten Höhlen wieder trocken und widerstandsfähig geworden sind. Behufs Erhaltung des gesunden Bestandes wird dann noch eine bleibende Fußbodenventilation eingeführt.

Bericht über neue Patente. (Nützlich durch das Intern. Patentbureau von Heilmann & Co., Dypeln. Auktante und Rath in Patentfachen erh. die gesch. Abtheil. d. St. gratia.) Herr Joh. Peint. Forstmann in Köln ist unter Nr. 76095 ein Patent auf eine Maschine zur Herstellung profilirter Arbeiten und von Verzinkungen erteilt worden. Die Maschine bezweckt, profilirte Arbeitstücke aus Holz oder sonst geeignetem Material und zwar in allen Querschnitten rund oder viereckig zu bearbeiten und Zinken und Zapfen in Schwalbenschwanz oder sonstigen Formen anzubringen. Das Hauptgestell besteht, wie aus vorstehender Zeichnung ersichtlich, aus zwei runden Platten, die durch einen härteren mittleren Polzen b und drei weitere verbunden sind. Polzen b geht durch ein Rohr, welches unten und oben beide Plättchen hat. Der untere Plättchen ist mit Spur- und Halslager, der obere nur mit Halslager versehen. In diesen Lagern sind die Arbeitswellen e aufzunehmen. Das Plättchenrohr dreht sich um den feststehenden mittleren Polzen o. Die darin gelegerten Arbeitswellen, die sich gleichzeitig um ihre Achse drehen, werden im Kreise herumgeführt. Die eine Welle e ist mit lateralen Kreisfäden (Laummessern), die anderen mit spiralförmig angeordneten Profilmessern versehen. Außerhalb des Kreises, den die umlaufenden Arbeitswellen mit ihren Verzinkungen beschreiben, sind die zu bearbeitenden Körper der Gegenstände in 8 Gruppen aufgestellt und in 2 Unterab-



teilen geg eingeleimt. Wie gesagt, ist die eine Arbeitswelle mit lateralen Kreisfäden (Laummessern) versehen, die beim Vorbeifahren an den Arbeitstücken die Kanten und Unebenheiten befeuchten und sie abrunden. Dann folgt der nächste Fräser und arbeitet das annähernde Profil ein und zuletzt säubert der dritte Fräser die feinen Umrisse. Die Messer sind gleichmäßig im rechten Winkel mit der Achse der Arbeitswelle geschliffen und werden genau in gleiche Höhe gestellt, so daß sie alle gleichmäßig arbeiten. Werden auf einer Seite die Arbeitswellen mit Laummessern, auf der anderen mit Laummessern und Fräsern versehen, so werden bei Schrägstellung und zweimaliger Vorbeiführung der Arbeitstücke an der einen Seite Zapfen, hingegen bei senkrechter Stellung und einmaliger Vorbeiführung an der anderen Seite Zapfen eingearbeitet.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Deutshofstraße 2).

Die Nr. 10 vom 7. März hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Mecklenburgische Verfassungszustände. — „Umstürzler“ Kant. — Infanterie, Kavallerie, Artillerie — Zum Fortschritt der Technik. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Literarisches.

Aus dem Reichstag. — Das Genossenschaftswesen und die Sozialdemokratie. — Hazardspiel und Rechtspflege in England. — Wie bewährt sich das Frauenstimmrecht? — Gewerkschaftliches. — Arbeiterfragen.

„Sozialpolitisches Zentralblatt.“ Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Mauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. In beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2.50. Einzelnummern 20 Pf. Erschienen ist Nr. 23, 4. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Dieß Verlag) ist soeben das 23. Heft des 13. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Der lachende Dritte. — Darwinismus und Marxismus. Von Karl Kautsky. — Aus den Vereinigten Staaten. (Schluß.) Von F. A. Sorge. II. Die Arbeiterbewegung und die gesellschaftlichen Bürger (the law-abiding citizens) von Illinois. Sozialistisches x. — Die fiktischen Ereignisse von 1893. Von Dr. E. Hugo. — Zur Frage der Organisation des Proletariats der Intelligenz. A. Rag. (Schluß.) — Feuilleton: Der Großinquisitor. Von F. M. Dostojewski.

Von der „Geschichte des Sozialismus“, erster Band: „Die Vorläufer des neueren Sozialismus“, redigirt von E. Bernstein und K. Kautsky, (Verlag von J. F. W. Dieß in Stuttgart) sind soeben Heft 13 und 14 zur Ausgabe gelangt, und ist damit der erste Theil des ersten Bandes komplet geworden.

Der erste Theil: Von Plato bis zu den Wiederkäufern von Karl Kautsky, hat folgenden Inhalt: 1. Abschnitt: Der platonische und der urchristliche Kommunismus. 2. Abschnitt: Die Arbeiterbewegung im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation (Lage und Kämpfe der Handwerksgehilfen und der Bergarbeiter). 3. Abschnitt: Der Kommunismus im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation (die Mönche, Waldenser, Patarerer, Begharden, Voharden, Laboriten, Böhmische Brüder, Münzer, die Wiedertäufer). XII und 436 Seiten groß Oktav. Preis broschirt M. 3, gebunden in Halbfranz M. 5.50, in Reinwandband M. 4.50. Auch in Lieferungen à 20 Pf. zu beziehen. Probehefte sind durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu erhalten.

Zum Verlage von J. F. W. Dieß in Stuttgart ist soeben in fünfter, vermehrter Auflage erschienen: **Moses oder Darwin? Eine Schulfrage.** Allen Fremden der Wahrheit zum Nachdenken vorgelegt von Dr. Arnold Dodel, ordentl. öffentl. Professor der Botanik an der Universität Zürich. Preis elegant broschirt M. 1.

Wahrheit, Freiheit, Recht. Gedichte eines Gejungenen von Georg Wigorowski. Zum Besten der Familien der Stahlfurter Inhaftirten. Herausgegeben von den Stahlfurter Parteigenossen. Verlag von Gottlieb Hartmann, Stahlfurt. Preis 10 Pf.

(NB. Unsere Expedition ist gerne bereit, da der Preis, wie oben gesagt, zum Besten der Familien der Stahlfurter inhaftirten Parteigenossen verwendet werden soll, den Versand zu übernehmen.)

Briefkasten.

Gotha, C. M. Ihr Bericht ist zur Veröffentlichung nicht geeignet; denn einmal geben Sie den Namen des Fabrikanten garricht einmal bekannt und zum zweiten ist garricht ersichtlich, was Sie mit den Mittheilungen bezwecken.

Mannheim, C. S. Für kürzige müssen wir bitten, nicht gar zu eng und klein zu schreiben, es ist thätiglich kaum möglich, Ihre Schrift ohne Vergrößerungsglas zu entziffern.

M. S. Rein!
Duisburg, P. F. Geben Sie ihre Adresse an, damit Ihnen Prospekte zugeandt werden können.

Odense, J. P. Frage bei C. M. Olsen, Kopenhagen N., Nordvesten 26, II. Sal. an.

Düsseldorf, Kempner i. M. s. auch Inserat.

Stutt, A. P. Bei C. Peischel & Co., Berlin S., Kommandantenstraße 20, sind Patent-Gummistich- und Stahlrollen zu haben.

Essen, G. E. Federstapfen in allen Preislagen liefert Böhrert & Lange in Oberhausen, Sachsen.

Dingen, P. S. Die Masse erhält man durch Auflösung von 2 Gewichtstheilen Guttapercha in 5 Theilen Schwefelkohlenstoff und 1 Theil Terpentin, fügt dann noch 2 Theile Asphalt hinzu und läßt Alles gut auflösen.

Braunau. Natürlich ist das jedem Mitgliede gestattet, es ist sogar Pflicht, dies zu thun.
Mannheim, W. R. Die Berichtigung hat durch den Versand zu erfolgen, da es sich um keinen Druckfehler handelt.
Köslar, L. R. 1. Die Zeitschrift „Gewerkschaft“ erscheint in Leipzig. 2. Fragen Sie bei Kollegen Alb. Rogg, Leipzig, Löhndammweg 26, an.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. 3 in Hamburg.)

Bekanntmachungen des Hauptkassirers.

Ueberprüfungen fanden ein vom 23. Februar bis 9. März: Hannover M. 400, Roßau 200, Dessau 200, Neuschönefeld 180, Reuditz 150, Gebeißberg 150, Sillenbuch 100, Leipzig III 100, Neu-Rappin 100, Reideburg 100, Erlangen 80, Raitzen 80, Kalkenordheim 50, Volkstätt 40, Siebenlehe 40. Summa M. 970.
Zuschüsse erhielten vom 23. Februar bis 9. März: Berlin B. M. 600, Berlin D 600, Hamburg I 500, Stuttgart 500, Augsburg 400, Berlin H 400, Duisburg 400, Fürth 400, Schweinau 300, Strießen 300, Mündenheim 300, Münch-Schwabing 200, Volkmarzdorf 200, Hemmoor 200, Bremerhaven 200, Briß 200, Leipzig I 200, Gagen 200, Regensburg 200, Sülz 200, Rülheim a. Rh. 200, Hiltorf 150, Seelbach 150, Münster bei Cannstatt 150, Kofheim 150, Göttingen 150, Esthal 150, Kolenheim 150, Degerloch 150, Cömannsdorf 120, Holzhausen 120, Neu-Ulm 100, Großenritte 100, Regheim 100, Aachen 100, Jena 100, Gerdecke 100, Bruchsal 100, Untergrüne 100, Ballstadt 100, Wangen bei E. 100, Arnstadt 100, Schönau b. S. 100, Siedendorf 100, Dranienburg 100, Ethen 100, Stob 100,

Kasberg 100, Rüdelsheim 100, Tübingen 100, Schwartau 100, Deuben 100, Leipzig II 100, Kehrenbach 100, Osterwied 100, Steinrückbach 90, Straubing 80, Dünwald 75, Fürstenwalde 75, Zauberbühlhofheim 60, Werheim 70, Künzelsau 60, Heusenstamm 70, Lenzen 50, Leißling 50, Kniekingen 50, Neuhausen 50, Roisting 50, Schmiedefeld 50, Melsbach 50, Arzheim 50, Fußgönheim 50, Weitschöheim 50. Summa M. 11 620.

Krankengeld (inkl. für Arzt und Arznei) von der Hauptkasse wurden bezahlt vom 23. Februar bis 9. März M. 2397,21.

In voriger Quittung muß es unter Eingekandt nicht Münden, sondern M ü n d e r heißen.

L. Jacobs, Hauptkassirer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. S. 86, Hamburg.)

Im Februar sandten Ueberprüfungen ein: Berlin A M. 200, Hamburg II 180.

Zuschüsse erhielten: Berlin D M. 100, Celle 60, Barmen 30, Eöln 80, Neu-Zienburg 15.

Krankengeld an Einzelmitglieder: M. 66,87.

Jul. Maßmann.

Abrechnung

vom Streik der Westphälischen Möbelfabrik in Isehoe vom 13. November 1893 bis 24. Februar 1895.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Von der Zentralstreikkasse', 'Beiträge der Mitglieder hier', 'Von der Kasse der Maurer hier', 'Vom Gewerkschaftsverband hier', 'Von Privaten', 'Darlehen'.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'An Unterstützung', 'An Reiseunterstützung', 'Porto und Schreibmaterial', 'Zurückgezahltes Darlehen', 'Unterschlagen durch Kardell', 'Nach Stuttgart zurückgehandelt'.

S. Wendt, Bevollmächtigter.

Revidirt und für richtig befunden: R. Feinze, M. Buschdörfer, Revisoren.

Berjammlungs-Anzeiger.

Dessau. Herberge und Arbeitsnachweis Leipzigstr. 24, 'Kranke's Gasthof', geöffnet Abends von 8-9 Uhr. Dasselbe wird auch Auskunft erteilt. Der Vertrauensmann: Eilenburg. Am Sonnabend, d. 23. März, Abends 8 1/2 Uhr. Pünktliches Erscheinen Aller ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Hamburg. Extra-Mitgliederversammlung am Dienstag, den 19. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Lütje, Valentinsplatz. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Anträgen zum Verbandstag.

Sektionsversammlung der Drechsler und Bürsten- und Pinselmacher am Sonnabend, den 23. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, bei Sieb, Rosenstraße 37.

Deffentliche Berjammling der Stellmacher Hamburgs und Umgegend am Sonnabend, den 23. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Reibner, Hohe Bleichen. Tagesordnung: Hat die Gewerkschaftsbewegung unter der heutigen Kräfte noch einen Zweck? Referent Lütje. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstage Vormittags in unserer Hände sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Das Buch Nr. 16825 des Lagers Otto Piel ist abhanden gekommen. Sollte dasselbe in irgend einer Zahlstelle vorkommen, so bitte ich, das Buch an die Zahlstelle zu Friedrichshagen a. S. einzuliefern. B. Radolph, Friedrichstraße 34b.

Der Tischler Otto Bratner, geboren am 15. Januar 1865 zu Schlieben, Kreis Schwedt, wird geheiratet. Seine Adresse seinem Bruder mitgeteilt. Schließen, welchen der Anzeigehalt des Vorbenannten bekannt ist, werden ersucht, ihr darauf aufzumerken zu machen. [90 4] O. Bratner, Lindenstraße, Dessaustr. 10.

Das Mitglied Wilroth, Buch-Nr. 24408, wird hiermit angefordert, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Hagenberg gegenüber nachzukommen. Gelegentlich ersuchen wir sämtliche Verjammlungsstellen, falls sich Obiges irgendwo annehmen sollte, denselben hiermit aufmerksam zu machen. [90 4] Rappell, Bevollmächtigter, Hagenberg, Grenzstr. 6, b. Hagen, Tischlerstr.

Anforderung.

Der Tischlermeister Karl Bernis, Buch-Nr. 61162, wird hiermit angefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Verjammlungsstelle gegenüber nachzukommen. Gelegentlich ersuchen wir sämtliche Verjammlungsstellen, falls sich Obiges irgendwo annehmen sollte, denselben hiermit aufmerksam zu machen. [90 4] Freisenhagen i. S., Der Bevollmächtigte.

Warnung.

Hiermit machen wir allen Zahlstellen bekannt, daß dem Max Strauß aus Berlin, Buch-Nr. 17345, die Mitgliedschaft zu entziehen ist, weil sie vom Kassier nicht aufgeführt ist und er als erster Bevollmächtigter mit Berlin verhandelt hat. Die Ortsverwaltung Dessau.

Advertisement for 'Fachschule für Tischler' in Neustadt i. Meckl., including contact information for Holzhandlung, Friedrichstraße, Hagenberg.

Ortskrankenkasse Nr. 9, Görlitz.

General-Berjammling

am Sonnabend, den 23. März, Abends 8 Uhr, im 'Selvedere'.

Tagesordnung:

- 1. Rechnungs- und Jahresbericht.
2. Wahl der Krankenkassendirektoren.
3. Geschäftliches.

[M. 2,60]

Der Vorstand: R. Lindner.

Mein Zeichen-Bureau für Bau- und Möbeltischlerei liefert:

- I. Entwürfe und Details in Blei (Handarbeit) nach eingekandten Maßen und beliebiger Angabe.
II. 1 Vorlagewerk, praktische Entwürfe für die Bautischlerei. 30 Tafeln, neu bearbeitet. M. 12.
III. 1 Vorlagewerk, praktische und einfache Entwürfe für die Möbeltischlerei, in neuer Auflage. 30 Tafeln. M. 10.

Gewissenhafte und durchaus praktische Kalkulations-Ansätze, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeiten überhaupt kalkuliert werden muß, wird jedem Werke beigelegt.

Ernst Rettelbusch,

f. B. prakt. Tischler, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Rärnberg, Burgschmiedstraße 19.

Durch die Expedition dieser Zeitung sind zu beziehen:

Entwürfe einfacher Zimmereinrichtungen.

Serie I, entf. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 6 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3,30.

Entwürfe moderner Zimmereinrichtungen.

Serie II, entf. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 8 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3,30.

Da Rechnung zu themer ist, empfiehlt es sich, den Betrag M. 3,30 bei der Bestellung mit einzuliefern. (Auch in Briefmarken.)



Genossen! Kauft nur den Bleistift von Jean Klos, Stein bei Rärnberg.

Gebrauchte Motoren aller Art

Maschinen-Industrie-Komptoir, Hamburg, L. Kaiserstr. 6.

Advertisement for 'Patent-Universal-Tischlerseifen, Leimöfen, Leimtiegel, Trockenkammer-Heröfen' by Franz Knaup, Dresden-Strießen, Wittenbergstrasse 21.

1 bis 2 tüchtige Korbmachergejellen

werden auf Walsch- und Reifetörbe sofort gesucht bei Franz Altman, Korbmacher, Wurzen, Krotzigall 34.

Ein Korbmachergejelle

auf grün Gematt findet dauernde Arbeit bei Ad. Süßmlich, Korbmachermeister, Sätzen-Langerhütte.

Ein tüchtiger älterer Drechsler

per sofort gesucht. W. Homann, Dampf-Drechserei, Deynhausen.

Ein tüchtiger Korbschneider

findet bei mir Beschäftigung. Aug. Walf, Korbfabrik, Osnabrück.

Large advertisement for 'Musik!' featuring an illustration of a harmonica and the word 'Musik!' in large, bold letters.

Für nur 5 1/2 Mark verjende per Stück von meinen allseitig anerkannt besten Victoria-Konzert-Zug-Harmonikas, groß und solb gebaut, mit zweiföhriger, schallender Orgelmusik, mit offener Mittel-Klavatur, mit Mittelstab umlegt, daher großartige Musik. 10 Tasten, 20 Doppeltastmen, 2 Bässe, 2 Register, 2 Zuhalter, 2 Doppelbälge (3 Bälge), daher großer Balg, jede Balgalkenecke ist mit einem Metallbalggehörer versehen, Stimmen aus bestem Material, Diskant wunderbar. Größe 35 cm (Wirklich große Prachtinstrumente). Jedes Instrument wird fehlerfrei und genau abgestimmt aus der Fabrik verjandt. Verpackungstiffe kostet nichts. Porto 80 S. Selbstlerenschule lege umloßt bei. Ich warne vor Reklame kleiner Händler, welche vielfach Legt und Form meiner seit Jahren veröffentlichten Inzerate nachahmen. Thatsache ist es, daß man beim ältesten und größten Geschäfte am besten und billigsten kauft.
Achtung! Herr Göwe aus Dresohl schreibt: Gesandte Harmonika war sehr schön für den Preis, was nicht zu glauben war, hier hätte ich dieselbe nicht unter 14 Mark bekommen. Demjenigen, welcher mir beweisen kann, daß meine Firma nicht die älteste und größte dieser Art am Plage ist, 1000 Mark.
Nur 4 1/2 Mark kostet bei mir das anderwärts angebotene Instrument zu 5 Mark und höher. Man kauft also nur bei dem ältesten und größten Westdeutschen Harmonika-Exporthaus von Heiner. Suhr in Neuegrade i. W.

Large advertisement for 'Paul Horn, Hamburg Fabrik chemischer Produkte'. Includes 'Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23. Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.' and lists various products like Mattpräparate, Monopol-Polituren, wasserichte Beizen, etc.